

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldstr. 24

Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488

Redakteur: Emil Dittmer

Motto:

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

## Inhalt:

Die Angst vor dem Gemeindefsozialismus. — Ein Plausförf für die Arbeiterauschüsse in Starlsdröge. — Die Arbeitsverhältnisse der Staats- und Gemeindebetriebe der freien und Hanfsstadt Lübeck. II. — Reichshaller Sozialpolitik. — Brief aus Beglar. — Die Wohnung des Arbeiters. — Aus unserer Jugendorganisation. — Wasserbauarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Die Angst vor dem Gemeindefsozialismus.

„Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf,“ schrieb Friedrich Engels in seiner Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“. „Wir, die „Revolutionäre“, die „Umstürzler“, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die „Ordnungsparteien“, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt mit Odilon-Barrot: La legalité nous tue, die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Waden bekommen und aussehen wie das ewige Leben.“ An dieses bekannte Zitat von Engels erinnert unwillkürlich eine staatsrechtliche Abhandlung, die der Wirkliche Geheimrat, Oberverwaltungspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts Stephan Gensmer im „Archiv für öffentliches Recht“ (25. Band, 2. Heft) veröffentlicht über den „Gemeindefsozialismus und seine gesetzlichen Schranken im preussischen Kommunalrecht“. Der Herr Geheimrat sieht nämlich — sicher mit Recht! — eine große Entwicklung des Gemeindefsozialismus kommen und er untersucht nun, ob das Gesetz noch genügende Schranken biete gegen eine rein gesetzliche, evolutionäre Konfiskation der Vermögen der Besitzenden!

Es sind diesmal keine Befürchtungen vor einem Umsturz, einer Revolution, die dem Senatspräsidenten des preussischen Oberverwaltungsgerichts die Feder in die Hand gedrückt haben, sondern die praktische Mitarbeit der Sozialdemokraten und die feste Überzeugung, daß eine Entwicklung zum Sozialismus vor sich geht, haben Herrn Gensmer veranlaßt, die Gefahren festzustellen, denen die Besitzenden durch die gesetzliche Tätigkeit der Sozialdemokraten ausgesetzt sind und durch eine Untersuchung der Gesetze klarzulegen, daß einstweilen noch genügend Schranken in der preussischen Gesetzgebung zu finden sind, die Entwicklung zu „hemmen“ und die Konfiskation der Vermögen zu verhindern. Aber aufhalten läßt sich auch nach seiner Überzeugung die Entwicklung nicht. „Auch die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft,“ schreibt er, „ist keine bleibende und unveränderliche, sondern befindet sich im Flusse der Fortentwicklung.“ Sie werde

bestimmt durch die technischen Fortschritte in der Güterproduktion und durch die sittlichen Anschauungen des Volkes. „Die technischen Fortschritte beeinflussen vorzugsweise die Form der Gütererzeugung, deren Herstellung mittels Einzelarbeit, Arbeitsteilung oder Gemeinschaftsarbeit, die sittlichen Anschauungen dagegen die Art der Güterverteilung, die Bemessung des Anteils, der dem einzelnen an dem Arbeitsertrag gewährt wird.“

Sittliche Anschauungen würden ferner dazu führen, daß die Arbeit dem einzelnen nicht nur das Mittel zur Gewinnung seines eigenen Lebensunterhaltes und zur Förderung seiner eigenen Lebenszwecke sei, sondern ihm auch ein Mittel zur Förderung der Lebenszwecke anderer Menschen werde. Der menschliche Egoismus trete zurück vor dem Altruismus, der durch die eigne Arbeit auch die Wohlfahrt der andern fördern wolle, und vor dem Triebe zur Gerechtigkeit, die eine Aneignung des Arbeitsertrages nur so weit gestattet, als er das Ergebnis der eigenen Tätigkeit und nicht der Arbeit anderer ist. Für einen preussischen Geheimrat sind das einigermaßen verständige Anschauungen. Aber gerade in dieser Entwicklung der sittlichen Anschauungen des Volkes und in diesem „Triebe zur Gerechtigkeit“ sieht der Geheimrat große Gefahren für die Besitzenden!

Die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Gemeindevahlen sieht Gensmer sicher kommen. Diese Forderung werde nicht mehr nur von der Sozialdemokratie erhoben, sondern auch von Vertretern eines fortgeschrittenen Liberalismus. Dann werde aber damit zu rechnen sein, daß viele Städte Preußens eine sozialdemokratische Verwaltung erhalten, die versuche, sozialistische Einrichtungen in der Gemeinde herzustellen. Unter Gemeindefsozialismus versteht Gensmer nicht nur die kommunale Produktion, sondern alle Einrichtungen, die von der Gesamtheit, also bei einer sozialistischen Verwaltung, mit starker Progression der Steuern, vornehmlich von den Besitzenden unterhalten werden müssen, zugunsten der Minderbemittelten. Also zum Beispiel die kommunale Lieferung von Brot, Fleisch, Wasser, Licht, Wohnungen usw. an die Minderbemittelten zu niedern, die Kosten nicht deckenden Preisen, die unentgeltliche Verpflegung in Versorgungsanstalten und so fort. Deshalb, so sagt der Herr Geheimrat, dürfe ein Blick auf die Einrichtungen dieser Art, welche bereits jetzt schon in einzelnen Städten getroffen worden seien, und eine Prüfung der Frage nicht ohne Interesse sein, welche Schranken sich der Verwirklichung solcher Bestrebungen im Kommunalrecht des preussischen Staates entgegenstellen.

Auf Grund seiner Untersuchung kommt er zu dem Resultat, daß die Gemeinde ebenso wie der Staat mittels seiner Gesetzgebung alles in den Bereich ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ziehen dürfe, was sie hierzu für geeignet erachte.



Die Auffassung einiger Staatsrechtslehrer, daß die Tätigkeit der Gemeinde an sich nur als eine ihr vom Staat übertragene Aufgabe anzusehen sei und daß es keine öffentlich rechtliche Kommunalaufgabe gäbe, sei falsch. Nach dem Gesetz besitzen die Gemeinden ein Selbstverwaltungsrecht, und der Staat habe keine Möglichkeit, die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden zu verhindern. Für die gewerblichen Betriebe bestehe nur die Vorschrift, daß sie grundsätzlich so zu verwalten seien, daß durch die Einnahmen mindestens die gesamten durch die Unternehmung für die Gemeinde erwachsenen Ausgaben gedeckt werden, so daß aus rein gewerblichen Betrieben den Minderbemittelten kein Vorteil auf Kosten der Besitzenden verschafft werden kann. Eine Ausnahme ist aber zulässig, wenn die Unternehmung zugleich einem öffentlichen Interesse dient, welches anderenfalls nicht befriedigt wird. Als Gegenleistung für die im öffentlichen Interesse errichteten Anstalten kann die Gemeinde Gebühren erheben, deren Höhe so zu bemessen ist, daß sie die Kosten decken. Doch kann die Gemeinde die Gebühren abtufen. Wenn ein Veranlagungszwang besteht und bei gewissen Veranlagungen zu besonderen Zwecken kann die Gemeinde aber auch nur ganz geringe oder gar keine Gebühren erheben. Eine Gemeinde kann daher Nahrungsmittel wie Fleisch, Brot usw. in eigenen Betrieben herstellen und zum Selbstkostenpreis verkaufen, Wasser, Licht usw., aber an die Minderbemittelten zu einem hinter den Selbstkosten zurückbleibenden Preis ablassen und öffentliche Anstalten verschiedener Art den Bewohnern unentgeltlich zur Verfügung stellen. Das alles können die Kommunen nach den bestehenden Gesetzen tun, und Gensmer schließt daraus, daß einmal sozialdemokratische Mehrheiten in den preussischen Städten auf rein geschlichem Wege den minderbemittelten Massen große Vorteile auf Kosten der Besitzenden verschaffen könnten. Aber er hat für die Besitzenden einen guten Trost: noch besteht das Aufsichtsrecht des Staates, und da die Regierung zu Anleihen und für die Erhebung von Steuern über die Maximalgrenze hinaus die Genehmigung erteilen muß, in den Landgemeinden aber alle Beschlüsse verwerfen kann, so hat sie die Möglichkeit, die Entwicklung zu „hemmen“, und somit gewähre das bestehende Kommunalrecht den Besitzenden einen ausreichenden Schutz gegen eine erzwingende Hergabe ihres Vermögens zur Förderung sozialistischer Veranstaltungen durch die Gemeinde.

Das heißt also: der Senatspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts ist der Meinung, daß die Entwicklung nicht zu verhindern ist, daß sie kommen wird, denn sie entspringt nicht nur dem technischen Fortschritt, sondern auch der wachsenden Sittlichkeit und dem „Triebe nach Gerechtigkeit“, aber sie kostet die Besitzenden Opfer — und daher sei es erfreulich, daß einseitig noch „Schranken“ bestehen, die Entwicklung zu „hemmen“. Obwohl von einer „erzwungenen Hergabe ihres Vermögens zur Förderung sozialistischer Veranstaltungen“ durch den Gemeindefeudalismus nicht gesprochen werden kann, zeigt die staatsrechtliche Abhandlung Gensmers, daß die Besitzenden große Angst haben vor einer gefahlichen Entwicklung — einer „Evolution“ ohne jede gewaltsame Revolution! —, die zur höheren Sittlichkeit und Gerechtigkeit führt, weil dieses Ziel notwendig der Sozialismus sein muß! Da aber auch „der Staat“ dem Gesetz der Entwicklung unterworfen ist, das Herr Gensmer anerkennt, so wird der Verlaß auf den Staat den Besitzenden keinen dauernden Trost bieten, und es wird einst kommen, was kommen muß: der Sozialismus! „Magedeb, Volksst.“

Wissen, was gerecht ist, und es nicht ausüben, ist Feigheit.

Von Natur aus haben die Menschen große Ähnlichkeit mit einander; es ist hauptsächlich die Umgebung, die uns so weit von einander trennt. Confucius.

## Ein Maulkorb für die Arbeiterausschüsse in Karlsruhe.

Die Karlsruher Stadtverwaltung hat von jeher eine gewisse Neigung zu sozialpolitischen Extravaganzen nicht ganz unterdrücken können und es hat sie auch meist recht wenig irritiert, wenn ihre Maßnahmen wider Landesbrauch und Landesitten verstießen. Der neueste stadträtliche Ullas aber überragt die bisherigen Leistungen noch um ein recht Bedeutendes. Wie in Nummer 2 der „Gewerkschaft“ geschildert wurde, ist in Karlsruhe von einem Einhalten der Beschlüsse des Stadtrats und des Bürgerausschusses in Arbeiterangelegenheiten recht wenig zu hören, vorausgesetzt, daß diese Beschlüsse arbeiterfreundlicher Natur sind. Diese Tatsache fand auch im „Volksfreund“, dem Karlsruher Organ der sozialdemokratischen Partei, entsprechende Würdigung, was seitens der Stadtverwaltung folgendes Schreiben an die Arbeiterausschussmitglieder zur Folge hatte:

„Karlsruhe, den 31. Dezember 1900.

Der Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.  
Arbeiterausschussmitgliedern betr.

Nach der letzten Gesamtsitzung der Arbeiterausschüsse ist im „Volksfreund“ ein Artikel des Gauleiters des Gemeindearbeiterverbandes erschienen, in welchem über die Verhandlungen in jener Sitzung lächerliche, die Tatsachen entstellende Mitteilung gemacht und an einzelnen Äußerungen abfällige Kritik geübt worden ist. Mit Bezug hierauf weisen wir darauf hin, daß die Mitglieder der Arbeiterausschüsse nicht berechtigt sind, die Einzelheiten der einen amtlichen Charakter tragenden Beratungen in den Arbeiterausschüssen in die Öffentlichkeit zu bringen, da dies mit dem Zweck der Arbeiterausschüsse, eine offene und unbefangene Aussprache zwischen der Verwaltung der Stadt und ihrer Vertriebe einerseits und den städtischen Arbeitern andererseits zu ermöglichen, nicht vereinbar ist. Wir erwarten daher von sämtlichen Mitgliedern der Arbeiterausschüsse, daß sie künftighin dafür sorgen, daß derartige Veröffentlichungen unterbleiben. Andernfalls wären wir zu unserem Bedauern gezwungen, von persönlichen Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen abzusehen und diese auf den schriftlichen Weg zu verweisen, was aber den Interessen der Arbeiterschaft kaum förderlich sein dürfte. (gez.) Siegrist.

An die Mitglieder der Arbeiterausschüsse dahier“.

Der Arbeiterausschuss soll also über seine Verhandlungen nicht berichten dürfen, sondern er soll als Geheimkonventikel tagen.

Es scheint dem Oberbürgermeister Siegrist nicht zu passen, daß der Arbeiterausschuss mit den Arbeitern Fühlung hat und in ihrem Auftrag handelt. Ein Arbeiterausschuss, der das nicht tut, ist aber überhaupt keine Arbeitervertretung und hat weder für die Arbeiter noch für die Verwaltung einen Wert. Es mutet uns dieser, vom 31. Dezember 1900 datierte Ullas wie ein Selbstverleumdung an, wenn wir die ungeheuerliche Behauptung berücksichtigen, daß es gegen den Zweck der Arbeiterausschüsse verstoße, wenn sie den Inhalt der Verhandlungen der Öffentlichkeit unterbreiten.

Ist es dem Oberbürgermeister etwa nicht möglich, eine unbefangene Aussprache zu pflegen? Befürchtet er, daß ihr Inhalt veröffentlicht wird, so laßt das ja recht „tief blicken“, um mit Sabotage zu reden. Jedenfalls braucht niemand die Öffentlichkeit zu scheuen, der eine gute Sache vertritt.

Der Arbeiterausschuss hat mit folgendem Schreiben an den Stadtrat die richtige Antwort gegeben:

„Arbeiterausschussmitgliedern betr.

Die unterzeichneten Mitglieder der Arbeiterausschüsse haben von der Verfügung eines verehrlichen Stadtrats vom 31. Dezember 1900 Kenntnis genommen.

Wir erklären hiermit, daß wir uns wie bisher, so auch in Zukunft unter allen Umständen vorbehalten müssen, den städtischen Arbeitern, die uns als ihre Vertreter gewählt haben, über die Verhandlungen der Ausschüsse Bericht zu erstatten.

Wir fühlen uns hierzu verpflichtet, da unsere jeweiligen Anträge auf Anregung aus städtischen Arbeiterkreisen gestellt und nur dann von uns vertreten werden, wenn sie die Billigung der Gesamtheit bzw. der Mehrzahl der Arbeiter finden.

Eine Weigerung unsererseits, den städtischen Arbeitern über die Verhandlungen zu berichten, würde das berechtigte Mißtrauen unserer Kollegen wachrufen, und damit wäre jede Voraussetzung einer erspriesslichen Tätigkeit der Arbeiterausschüsse weggefallen.

Wir sind mit Rücksicht hierauf nicht in der Lage, eine Garantie dafür übernehmen zu können, daß die von uns gegebenen Berichte ganz oder teilweise in die Öffentlichkeit kommen.

Geschachtungsvoll usw.“

Offentlich gewinnt nun auch der Karlsruher Stadtrat eine andere Auffassung von den Rechten und Pflichten der Arbeiterausschüsse.

R. H.



## Die Arbeitsverhältnisse der Staats- und Gemeindebetriebe der freien und Hansestadt Lübeck.

### II.

Von der Behörde werden auch noch verschiedene Vergünstigungen genannt. So wird unter anderem erwähnt: Auf der Staatswerft sind Bedürfnisanstalten mit Wasserbülung in genügendem Umfange vorhanden, den Arbeitern ist Wasch- und Badegelegenheit und Freigabe von Seife zugestanden. Wenn solche Selbstverständlichkeiten noch aufgezählt werden, so bezeugt das nur die Rücksichtigkeit des Senats in sozialen Fragen. Nach außen wirken solche Publikationen dann auch in entgegen gesetzter Weise. Trotz des Senatsdekrets bestehen die von uns schon öfters kritisierten niedrigen Stundenlöhne heute noch. Bei den Gasarbeitern spricht man von hohen Löhnen, bei 33 bis 40 Pf. Stundenlöhne können aber keine hohen Wochenlöhne erzielt werden; hier herrscht jedoch ein unsinniges Alfordwesen und dadurch wird ein höheres Einkommen erzielt. Die gegenwärtig bezahlten Stundenlöhne der städtischen Arbeiter bedürfen eben recht notwendig einer Aufbesserung. Hoffen wir, daß die städtischen Arbeiter, die doch selbst ihre Vergleiche stellen können, hieraus die Konsequenzen ziehen.

Zu dem Senatsdekret veröffentlicht jetzt der „Lübeker Volksbote“ einen Artikel mit der Überschrift:

### Schein und Wirklichkeit.

Wir geben dem Artikelschreiber P. L. selbst das Wort. Er sagt: Seitens der sozialdemokratischen Mitglieder der Bürgerschaft ist wiederholt an den Senat das Ersuchen gerichtet worden, eine Uebersicht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in den städtischen und staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter zu geben. Vor einigen Wochen ist nun diese Uebersicht erschienen. Wenn man dieselbe nur flüchtig betrachtet, oder die Verhältnisse nicht kennt, so erscheint zunächst die Lage der städtischen Arbeiter im rosigen Licht. Ueberall werden Lohnsteigerungen um 20, 30, 40 Proz. und mehr angegeben; die Durchschnittslöhne erreichen danach mehrfach eine relative Höhe, welche nicht nur die Bürgerschaftsmitglieder, sondern namentlich die Arbeiter, welche angeblich diese Löhne erhalten, in nicht geringes Staunen versetzen dürfte.

Wir beabsichtigen, in nachstehenden Ausführungen eine Gegenüberstellung der nach der vom Senat mitgeteilten Uebersicht einerseits und der uns von den Arbeitern andererseits gemachten Angaben über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unseren staatlichen und städtischen Betrieben zu veröffentlichen und es dann der Beurteilung aller objektiv denkenden Leser zu überlassen, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Nach der behördlichen Uebersicht betrug der Jahresverdienst der Chauffeewärter im Jahre 1908 durchschnittlich inklusive verschiedener Benefizien und Zulagen 1007,25 oder 1057,25 Mk. Dazu soll im Jahre 1909 eine tägliche Zulage von 20 Pf. kommen. Die Angaben der Arbeiter gehen dahin, daß die Chauffeewärter vor den Toren einen Tagelohn von 2,70 Mk. erhalten; jeder zweite Sonntag wird mitbezahlt. Außerdem wird ein jährlicher Mietszuschuß in Höhe von 96 Mk. gewährt. Diejenigen Chauffeewärter, die außerhalb der Vorstädte wohnen, erhalten nur einen Mietszuschuß von 48 Mk. Ferner beziehen die Chauffeewärter noch für Grasnutzung in den Chauffeegräben etwa 20 Mk. Der Jahresverdienst beläuft sich auf 976,40 Mk. bis 1026,40 Mk. Hierzu kommt noch eine kleine Vergütung vom Telegraphenamt für die Anmeldung von Schäden an den Leitungsdrähten. Nach diesen Angaben stellen sich die Löhne der Chauffeewärter im Jahre 1909 tatsächlich noch um etwa 70 Mk. niedriger, wie in der behördlichen Uebersicht für 1908 angegeben sind; trotzdem ja für 1909 die Zulage von 20 Pf. pro Tag hinzugenommen sein soll. Wenn man dann noch in Erwägung zieht, daß die Einnahme der Chauffeewärter angeblich in den letzten 10 Jahren um 35 Proz. gestiegen sind, so kann man daraus ersehen, wie unglaublich miserabel der Staat vor kurzem diese Arbeiter bezahlte.

Der Lohn der Arbeiter auf den Steinlagern belief sich im Jahre 1908 nach der Aufmachung des Senates auf 1207,71 Mk., die Pflasterarbeiter erhielten danach 1156,61 Mk., die Siedlarbeiter 1118,66 Mk., die Regearbeiter 1137,22 Mk. bei 10stündiger Arbeitszeit. Nach den Angaben der Arbeiter stellen sich die Löhne der Begebauer und Regearbeiter wie folgt: Regearbeiter erhalten einen Stundenlohn von 50 Pf., Arbeiter 36 Pf., Arbeiter, die noch nicht 6 Jahre tätig sind, 34 Pf.; bei den Lagerarbeitern bekommen die Regearbeiter 45 Pf. und die gewöhnlichen Arbeiter 33-38 Pf.

Stundenlohn. Der Jahresverdienst schwankt zwischen 900 und 1210 Mk. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10, im Winter 7 Stunden. Die auf den Lagerplätzen beschäftigten Leute arbeiten im Winter 8 Stunden. Kopfsteine werden in Alford gelöst und per laufenden Meter mit 18 bis 22 Pf. bezahlt, je nach der Entfernung, welche die Arbeiter gehen müssen. In diesem Jahre ist die Grenze, bis zu welcher die Arbeiter zu gehen haben, von 8 auf 6 Kilometer verlegt worden, was für die betreffenden Leute einen Lohnanrissfall von etwa 60 Mk. pro Jahr ausmacht. Auf Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Proz. vergütet. Stellt man die Angaben der Arbeiter denen des Senates gegenüber, so wird man finden, daß auch die Arbeiter sich weit schlechter fühlen, als es nach der amtlichen Uebersicht der Fall ist. Dadurch, daß man die Löhne der Regearbeiter in den Durchschnitt einbezieht, erhalten die Bezüge der Arbeiter selbst natürlich ein anderes und vorteilhafteres Ansehen. Und das ist jedenfalls auch beabsichtigt.

Was die Siedbaurbeiter anlangt, so erhalten dieselben bei Arbeiten vor dem Tore folgende Löhne: Regearbeiter 45 bis 50 Pf. pro Stunde, Kolonnenführer 38 bis 40 Pf.; der Jahresverdienst beträgt 1100 bis 1200 Mk. Gewöhnliche Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 34 bis 38 Pf. 50 Proz. von ihnen bringen es noch nicht zu einem Jahreseinkommen von 1000 Mark, die anderen beziehen 1000 bis höchstens 1100 Mk. Bei Arbeiten innerhalb der Stadt wurden an Regearbeiter 38 bis 40 Pf., an gewöhnliche Arbeiter 35 Pf. pro Stunde gezahlt. Hier betrug der Jahresverdienst 1000 bis 1200 Mk. Die Siedbaurbeiter erhielten einen Stundenlohn von 35 bis 38 Pf., was einem Jahresverdienst von 1000 bis 1100 Mk. entspricht; die Kolonnenführer erhielten 40 bis 45 Pf. pro Stunde; ihr Jahresverdienst belief sich auf 1000 bis 1100 Mk. Die Arbeitszeit betrug im Sommer 10 Stunden, im Winter 7 Stunden. Ueberstunden werden mit 25 Proz. vergütet. Wenn die Arbeiter mehr als 6 Kilometer (im Vorjahre waren es nur 3 Kilometer) gehen müssen, so erhalten sie pro Stunde einen Zuschlag von 3 Pf. Den gleichen Zuschlag erhalten auch die Regearbeiter.

Nach der amtlichen Uebersicht kamen die bei der Pflasterung beschäftigten Erdarbeiter 1908 auf einen Jahresverdienst von 1132 Mk., die Seizer 1391 Mk., Mammführer 1854 Mk.; Arbeiter, die zu besonderen Arbeiten herangezogen wurden, 1639 Mk. Im Waggenreibetrieb verdienten nach der amtlichen Uebersicht die Pflasterer jährlich 1336 Mk., die Seizer und Woolsleute 1481 Mk., die Maschinenisten, Schiffsführer, Steuerleute und Waggenreibere 1926 Mk. — Die von den Arbeitern aufgenommene Statistik ergibt demgegenüber folgendes: Wasserbauarbeiter erhielten: Regearbeiter pro Stunde 70 Pf., Mammführer 45 bis 50 Pf., Mammarbeiter 38 Pf., Seizer 38 Pf., für letztere drei Arbeiterkategorien beträgt der Jahresverdienst 1200 bis 1400 Mk. Die Arbeiter beziehen einen Stundenlohn von 35 Pf. und jährlich etwa 1000 bis 1250 Mk. Kanalarbeiter: Regearbeiter 38 bis 42 Pf. pro Stunde, Mammführer 45 bis 50 Pf.; der Jahresverdienst beträgt 1400 bis 1500 Mk. Seizer und Mammarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 37 Pf. und haben ein jährliches Einkommen von 1200 Mk.; gewöhnliche Arbeiter bekommen 34 Pf. pro Stunde; ihr Jahresverdienst ist 1000 bis 1200 Mk. Waggenreibere: Waggenreibere erhalten einen Monatslohn von 140 Mk., Steuerleute 125 Mk., Woolsleute 110 Mk., Deckleute 100 Mk., Beschlagsarbeiter 95 bis 100 Mk. Kanalwärter erhalten einen Anfangslohn von 75 Mk. monatlich, der alle 6 Jahre steigt bis zum Höchstbetrage von 85 Mk.; außerdem wird freie Wohnung gewährt. Sämtliche Boden- und Betonarbeiten werden im Alford nach Vereinbarung verrichtet. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag vergütet. Entfernungsgelder richten sich nach der Kilometerzahl. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 und im Winter 8 Stunden.

Neuer die tatsächlichen Löhne auf den Gaswerken haben wir bereits vor kurzem berichtet; wir können deshalb davon Abstand nehmen, jetzt noch einmal darauf einzugehen.

Die auf den Wasserwerken beschäftigten Seizer erhalten pro Stunde 37 Pf., die Arbeiter 35 Pf. Diejenigen Arbeiter, welche über zwei Jahre dort beschäftigt sind, erhalten eine jährliche Alterszulage von 50 bis 150 Pf., die am 1. Juli ausbezahlt wird. Die Jahreslöhne bewegen sich zwischen 1100 und 1500 Mk. Ähnlich ist es bei den Elektrizitätswerken, arbeitern. In der Handwerkerwerkstätte 1 werden Löhne von 42 bis 50 Pf. pro Stunde, in der Handwerkerwerkstätte 2 42 bis 55 Pf. und an Seizer werden 43 Pf. pro Stunde gezahlt; der Jahresverdienst beläuft sich auf 1300 bis 1500 Mk. Maschinenhausarbeiter erhalten 35 bis 45 Pf., Unterhaltungsarbeiter 40 Pf. Stundenlohn.



Ueber die Löhne der Ballanlagen-, Friedhofs-, Wald- und Forstarbeiter schneidet sich beziehungsweise die amtliche Uebersicht aus. Grund dazu ist besonders bei den Wald- und Forstarbeitern vorhanden. Diese erhalten in den 6 Sommermonaten einen Tagelohn von 2,40 Mk., in den Wintermonaten einen solchen von 2,10 Mk. Ihr Jahresverdienst beträgt 600 bis 700 Mk. Für freie Wohnung werden ihnen 60 Mk. abgezogen. Holz wird im Nord gefället. Bei den Ballanlagenarbeitern betragen die Stundenlöhne 38 bis 40 Pf. für Arbeiter, 34 bis 36 Pf. für Arbeiter und 28 bis 32 Pf. für Invalide. Das entspricht einem Jahresverdienst von 900 bis 1000 Mark. Bei der Friedhofsbehörde erhalten die händigen Arbeiter 38 Pf., die nichtständigen Arbeiter 31 bis 34 Pf.

Das wären in kurzen Zügen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen und staatlichen Arbeiter, wie sie sich nach der behördlichen Uebersicht und nach der Aufnahme des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ergeben. In der amtlichen Uebersicht hat man vorsichtigerweise die Stundenlöhne der Arbeiter, die durchweg recht niedrige sind, nirgends erwähnt, sondern immer nur einen Jahresdurchschnitt angegeben, wobei die verschiedensten Kategorien in einen Topf geworfen wurden; die Uebersichten sind mit in den Lohn einbezogen und so ergibt sich ein ganz falsches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen. Wir schon sieht es aus, wenn in der amtlichen Uebersicht bemerkt wird, die Arbeitszeit ist eine zehnhündige, während die mitgeteilten angeblichen Löhne sicherlich in einer durch Uebersichten verlängerten Arbeitszeit verdient werden müßten. Von den Behörden werden auch noch verschiedene Vergünstigungen und Verbesserungen aufgezählt; darunter wird auch erwähnt, daß auf der Staatsverwaltung Bedürfnisanstalten mit Wasserleitung in genügendem Umfang hergestellt sind. Wenn eine eigentlich selbstverständliche Tatsache so besonders hervorgehoben wird, wirkt das noch mehr als befremdend. Es sollte eben um jeden Preis nach außen hin eine Wirkung erzielt werden. Deshalb hat man auch gewöhnlich den Prozentfuß hinzugefügt, um welchen die Löhne in den letzten 10 Jahren gestiegen sein sollen. Wären diese Prozentfüße zutreffend, dann ist damit Hargelegt, wieviel der Staat früher an den von ihm beschäftigten Arbeitern gesündigt hat. Wir meinen, die Stundenlöhne, die gegenwärtig den städtischen Arbeitern bezahlt werden, sind derart, daß sie wohl einer Aufbesserung bedürftig sind; mindestens so sehr, als die Beamtengehälter.

### Reichenhaller Sozialpolitik.

Fast hat es den Anschein, als wollte man nun auch in Bad Reichenhall den städtischen Arbeitern gegenüber die „alspreussische“ Sparsamkeit zur Geltung bringen. Weil die Verhältnisse trotz der schon erzielten Erfolge immer noch mancherlei zu wünschen übrig lassen, so brachte unser Verband im vergangenen Herbst Anträge ein, es möchte den städtischen Arbeitern im Winter der gleiche Lohn wie im Sommer gezahlt werden. Außerdem sollten die städtischen Arbeiter Urlaub erhalten und ihnen bei Krankheit die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von 14 Tagen bezahlt werden. Die Anträge wurden gelegentlich der Staatsberatung zur Sprache gebracht und — wurden abgelehnt.

Die hierzu führenden „Gründe“ muß man zunächst in ihrer ganzen Natürlichkeit sich zu Gemüte führen. Sie lauten:

Auf die wiederholten Eingaben des Verbandes der Gemeindearbeiter um Aufbesserung ihrer Lohnbezüge beschließt der Magistrat, darauf hinzuweisen, daß bis zum 1. August 1907 der Lohn 2,50 Mk. betrug, von da an auf 3 Mk. im Sommer und 2,80 Mk. im Winter erhöht wurde; daß im Jahre 1908 der Winterlohn auf 2,90 Mk. erhöht wurde, was zusammen eine Mehrausgabe von 3000 Mk. erforderte. Endlich wurden im heurigen Jahre die Winterlöhne auf 3 Mk., die Sommerlöhne auf 3,20 Mk. erhöht, was wiederum eine Mehrausgabe von weiteren 3000 Mk. verursachte. Angesichts dieser in den letzten Jahren für die gemeindliche Arbeiterschaft trotz der schlechten Finanzlage der Stadt gemachten Aufwendungen erscheint dem Magistrat das weitere Verlangen des Gemeindearbeiterverbandes, die Sommerlöhne auch im Winter fortzubezahlen, für nicht begründet, auch aus dem weiteren Grunde nicht, weil die Arbeitszeit im Winter kürzer und der Lohn sich im Einklang mit der Arbeitszeit und der Arbeitsleistung befinden muß. Der weitere Antrag, den Arbeitern bei Krankheit auf die Dauer von 2 Wochen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zu bezahlen, würde der Simulation (an. an.) von Krankheit Tür und Tor öffnen. Auch würde durch die Bewilligung dieser Forderung nur einzelne Großstädte (kann diese Einrichtung) die Bilanz der Gemeindeverwaltungsaffäre, die nach jahrelangen, sehr bedeutenden Zuschussleistungen durch die Kommune endlich auf eigenen Füßen

stehen kann, wieder erheblich gestört. Die Forderung der Urlaubsgewährung an die städtischen Arbeiter in sehr mäßigem Umfang und gegen Fortbezug des Lohnes wird vom Magistratsvorstande beantragt. Der Magistrat lehnt jedoch unter Bezugnahme auf die in den letzten Jahren zugunsten der Arbeiterschaft gemachten Aufwendungen diese Forderung ab.

Wir fügen noch bei, daß bei dem derzeitigen ungünstigen Stand der gemeindlichen Finanzlage auch die Wünsche der städtischen Beamten und Bediensteten, sowie die Gemeinde der Vordereicht um Aufbesserung ihrer Gehaltsbezüge auf eine günstigere Zeit zurückgestellt werden mußten.

Man weiß nun wirklich nicht, ob man sich über die rückständige Auffassung des Magistrats, in dem die Schachmacher und Dreiquartiersprivatiers die Hauptrolle spielen, entrüsten oder ob man Rüllet mit dem Bürgermeister haben soll, der kraft seines Amtes dazu verurteilt ist, unter solche sozialpolitischen Eingeleitungen seinen Namen zu setzen. Nur schade, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nach der Reichenhaller Stadtkasse richten. Wenn der Magistrat glaubt, daß mit seinem Entschluß die Sache erledigt ist, so dürfte er bald eines anderen belehrt werden. Er wird gezwungenermaßen einsehen müssen, daß die Stadtkasse unter allen und jeden Umständen auf jene Höhe gebracht werden muß, die nötig ist, um den städtischen Beamten, Lehrern und Arbeitern einen Ausgleich der an sie herantretenden wirtschaftlichen Anforderungen zu ermöglichen.

Da sich der Lohn im Einklang mit der Arbeitszeit und Arbeitsleistung befinden muß, hätte wirklich „König Stumm“ auch nicht schöner sagen können. Wir und mit uns viele andere Stadtverwaltungen sind hingegen der Meinung, daß sich der Lohn nach den Lebensbedürfnissen zu richten hat. Diese aber sind im Winter sicher nicht niedriger als im Sommer. Daß außerdem die Bezahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld der Simulation Tür und Tor öffnet, ist — von Einzelfällen vielleicht abgesehen — zu bestreiten, was sich der Reichenhaller Magistrat nicht nur, wie er meint, von einigen Großstädten, sondern von nahezu 100 Orten Deutschlands wird erklären lassen können. Da aber auch die städtischen Beamten ihr Gehalt bei Krankheit weiter beziehen, so müßte diese die städtischen Arbeiter beleidigende Unterstellung auch dort zu erkennen sein. Daß durch eine solche, auf Kosten der Stadtkasse gehende, soziale Einrichtung die Gemeindefinanzlage ins Bankrott kommen sollte, ist einer jener dunklen Punkte, die beweisen, daß die Ablehnung mit völlig haltlosen Gründen zu beschönigen versucht wird.

F. S.

### Brief aus Weizlar.

Wie traurig die Lage der städtischen Arbeiter in den kleineren Städten aussieht, wo die Organisation noch nicht vertreten ist, zeigt sich wieder einmal in der drastischen Weise in Weizlar. In diesem schönen Rahnstädtchen, wo die Lebensmittelpreise immerhin auf einer ziemlich hohen Höhe stehen, müssen die Löhne, welche den städtischen Arbeitern gezahlt werden, geradezu als erbärmlich bezeichnet werden. Die Kollegen der Straßenreinigung erhalten den horrenden Lohn von 2,50 Mk. pro Tag. Denjenigen, die gar schon das Unglück hatten, einen Teil ihrer Arbeitskraft auf dem Schlachtfelde der Arbeit einzubüßen und Rente beziehen, wird diese noch an dem Lohn gekürzt. Mit ganzen 15 Mk. Verdienst pro Woche soll sich ein Familienvater mit seinen Angehörigen recht schaffen durchs Leben schlagen; die in die Woche fallenden Feiertage werden außerdem noch in Abzug gebracht. Die Stadt Weizlar als Arbeitgeber zahlt hier nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn, der 3 Mk. beträgt. Ein Kollege, der am Bauamt beschäftigt war und dort 3 Mk. pro Tag erhielt, wurde zur Straßenreinigung versetzt, wobei ihm aber auch der Lohn gleich um 50 Pf. pro Tag gekürzt wurde. Die Kollegen der Straßenreinigung hatten auch bereits im Juli v. J. ein Gesuch um Lohnerhöhung an das städtische Bauamt gerichtet. Anstatt aber dem zu entsprechen, ging ihnen folgende Antwort zu:

„Stadtbaumeister Weizlar,

Weizlar, den 26. Juli 1906.

Dauergasse 30.

Auf Ihre Gesuch vom 24. d. M. teile ich Ihnen mit, daß diesseits keine Erhöhung des Tagelohnes für Sie und die Mitunterzeichneten vorgenommen werden kann. Ich weiß sehr wohl, daß 2,50 Mk. für die hierigen Verhältnisse ein sehr geringer Tagelohn ist und kann ich Ihnen nur empfehlen, sich mit Ihrem Gesuch um Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes an das Bürgermeisteramt zu wenden. Ich stelle anheim, die Mitunterzeichner von diesem Bescheide in Kenntnis zu setzen.

Der Stadtbaumeister. Krieger.

Also, man ist sich auch beim Bauamt bewußt, daß die Arbeiter mit diesem Lohn nicht existieren können, trotzdem wird aber kein



Finger dafür gerührt, um dieser Tatsache entsprechend, eine Erhöhung in die Wege zu leiten. Nichts hätte näher gelegen, als daß der Herr Baumeister das Gehalt der Arbeiter mit der nötigen Verantwortung an das Bürgermeistertum weitergegeben hätte. Mit dem Bedauern allein ist den Arbeitern nicht geholfen und wenn man es ehlich damit meint, muß man schon Taten folgen lassen. Für diese grobhartige Bezahlung müssen die Arbeiter nun aber auch noch Arbeiten verrichten, wofür sonst allgemein noch eine Extravergütung erfolgt. So müssen sie z. B. im Herbst und auch jetzt noch Wassergräben auspugen, wobei sie oft direkt im Wasser stehen, ohne aber, wie es bei solchen Arbeiten üblich ist, wasserdicke Stiefel geliefert zu bekommen. Für diese Arbeiten hat es jeden Herbst eine kleine Vergütung gegeben, um aber zu sparen, ist sie vorigen Herbst nicht zur Auszahlung gelangt. Selbst auch auf ein von Seiten der Arbeiter eingereichtes Gesuch ist noch nicht erfolgt.

Der städtische Straßeneiniger in Wehlar muß aber noch mehr können, denn die Kollegen werden auch noch zum Pflegen und Dressieren der Polizeihunde benützt. Oft genug sind schon die Arbeiter von den Hunden gebissen und ihnen die Kleider vom Leibe gerissen worden. Weigert sich aber einer als Hundebesitzer zu fungieren, wird ihm einfach vom Polizeikommissar gesagt, wer das nicht will, soll gehen. Es wird unseren Kollegen in anderen Städten gewiß sonderbar erscheinen, daß in Wehlar die Straßeneiniger unter der Vollmacht der Polizei stehen. Tatsächlich herrscht aber hier keine Arbeit darüber, ob der Bürgermeister v. Jengen, oder der Baumeister Rieger, oder der Polizeikommissar Plate über die Verwendung der Arbeiter zu befinden hat. Wir wollen hoffen, daß hier der Bürgermeister einmal Klarheit schafft.

Noch ein anderer Fall beleuchtet mit aller Deutlichkeit, wie mit den Arbeitern verfahren wird. Bisher wurden den Arbeitern immer die beiden Weihnachtsfeiertage bezahlt, was als Weihnachtsgehalt gelten sollte und pro Arbeiter 5 Mk. betrug. Beste Weihnachten wurde aber nur ein Tag, also 2,50 Mk., als Geschenk gegeben. Die Stadt Wehlar wird sich gewiß ein gut Stück darauf guttun lassen, daß sie ihre Arbeiter zu Weihnachten beschenkt. Die Geschenke haben aber einen eigenartigen Weigeschmack, wenn man in Betracht zieht, daß die Arbeiter an beiden Feiertagen vormittags haben arbeiten müssen, ohne eine Bezahlung dafür zu erhalten. Es sind also nichts weiter als sauer verdiente Groschen der Arbeiter, die sie obendrein noch an Feiertagen haben verdienen müssen. Von irgend welcher sozialpolitischen Fürsorge hat man hier in Wehlar noch gar keine Ahnung.

Man sieht also schon aus dieser kurzen Darstellung, daß den städtischen Arbeitern hier nicht mehr wie alles fehlt und ein reiches Arbeitsfeld für die Organisation vorhanden ist. Ein Teil der Kollegen hat ja das auch bereits erkannt und sich unserem Verbande angeschlossen. Mögen sie dauernde Kämpfer bleiben und die uns noch Fernstehenden recht bald diesem Beispiel folgen.

## Die Wohnung des Arbeiters.

Es liegt auf der Hand, daß die Erhebung der Volksmassen auf eine gewisse Kulturhöhe, daß der Gesundheitszustand und die Beschaffung von Glücksgütern in erster Linie von der hinreichenden Erfüllung eines bestimmten Grades von Anforderungen an die Wohnung bedingt ist. Wenn die Brust mit einem Eisenreißer umgärtet ist, der kann nur schwer atmen. Wer unter der Enge und Negerfüllung seiner Wohnung zu leiden hat, für den ist die Anteilnahme an den Segnungen unserer Kultur vergeblich.<sup>\*)</sup>

Wir haben vor einiger Zeit die „Regeln für gutes und gesundes Wohnen“ aus dem Merkblatt des G.-L.-Vereins Darmstadt an dieser Stelle wiedergegeben. Freilich konnten wir die einschränkende Bemerkung nicht unterdrücken, daß sich nicht alles durchführen lasse, weil eben das Ausnutzen der Wohnung nur in dem Rahmen des allzu schmalen Arbeiter-Wohnungsbudgets erfolgen kann. Aber nicht nur das. Die Wohnungsmisere ist namentlich in der Großstadt ganz allgemein bedingt durch die grauenhaften Mietskatternen, die ihr zweites und drittes Übergabebäude, ihren ersten oder zweiten Seitenflügel dem Proletariat zur Verfügung anbieten. Mag der Arbeiter nun entsprechend seiner Arbeitsstelle diese oder jene Stadtgegend wählen, immer ist er auf die meist sonnenlosen, dümmigen Hofräume angewiesen, und ganz wie im Gefängnis erblickt er von seinem Fenster häufig nur einige Quadratmeter Himmel und die

## Aus unserer Jugendorganisation

Die jugendlichen Arbeiter der Berliner Straßeneinigung waren in drei Versammlungen zusammengekommen, um sich über das ihnen zustehende gesetzliche Ausrüstungsrecht zu informieren. Der Besuch dieser Versammlungen wäre auch einer Reihe von Aufsichtsbeamten sehr dienlich gewesen. Daß auch den jugendlichen Arbeitern das Recht zusteht, sich zu organisieren, scheint einigen Aufsichtsbeamten ein böhmisches Dorf zu sein. Andernfalls wäre in der 6. Abteilung die von einem Aufseher geäußerte Bemerkung unterblieben: „Wer von den Arbeitsburschen dem Verbande angehört, wird nicht als Arbeiter eingestellt.“ Die neue Verfügung der Direktion wird wohl all diesen Gegnern der Organisation zeigen, daß ihre Beeinflussungen und Drohungen zu unterbleiben haben. Die Direktion verfügte nämlich: „Anlässlich von Denunziationen wird hiermit dem Personal verboten, sich während des Dienstes gegenseitig über Vereins- oder Verbandsangelegenheiten zu belehren und besonders die jugendlichen Arbeiter nach dieser oder jener Seite hin zu beeinflussen. Während der Arbeit ist das allgemeine Interesse nur auf die schnelle und gute Ausführung derselben zu richten und sind daher nur diese betreffende Anweisungen gestattet. Zuwiderhandelnde werden bestraft.“

Von einem näheren Eingehen auf diese Verfügung wollen wir heute absehen. Uns erweist sich zunächst die Aufgabe, die strikte Beachtung dieser Verfügung auch von den mannigfachen Gegnern des Verbandes im Betriebe zu erzielen.

Wie notwendig die Organisation der jugendlichen Kollegen ist, beweisen die Wünsche, welche dieselben bezüglich der Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu äußern haben. Während die älteren Arbeiter im achtstündigen Schichtwechsel arbeiten, müssen die jugendlichen Arbeiter von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr neun Stunden tätig sein. Daß für die jugendlichen Arbeiter mit viel größerem Recht die Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern ist, braucht gar nicht näher ausgeführt zu werden. In den Wintermonaten kommt dann noch hinzu, daß, während die erwachsenen Arbeiter im Durchschnitt drei Sonntage a 3 Stunden und einen vollen Sonntag, also insgesamt 18 Stunden zu leisten haben, in derselben Zeit die Jugendlichen abwechselnd einen ganzen und einen halben Sonntag (bis 1 Uhr mittags) arbeiten müssen. Sie haben also drei volle Sonntage (27 Stunden) zu leisten. Der Wunsch der jugendlichen Arbeiter, alle 14 Tage einen freien Sonntag zu erhalten, müßte jeder einsichtigen Verwaltung begrifflich erscheinen.

Wie beim Militär das Nacherzieren, so wird bei der Berliner Straßeneinigung das Strafverhalten als bestes Disziplinarmittel angewandt. Freilich sollen die Strafverträge am Sonntag nur von der Direktion verhängt werden. Das wird aber heute bezüglich der jugendlichen Kollegen gar nicht beachtet. Um das Übel an der Wurzel zu packen, muß im Interesse der Menschlichkeit verlangt werden, daß die wenigen freien Sonntagsstunden überhaupt nicht durch Strafarbeit genommen werden. Geradezu schändlich ist die ganze Art der Strafarbeit, als von einigen Aufsehern, die den Maserenhofswallungen herausfahren, mit der niederträchtigsten Schamane verfahren wird. Bei 2 oder 3 Straf-

ihm gegenüberliegende öde Häuserwand. Es ist statistisch festgestellt, daß z. B. in Berlin die Hälfte der Bevölkerung in Hinterhäusern und Hofwohnungen leben muß.

Aber damit ist das Wohnungsgeschehen bei weitem noch nicht gekennzeichnet. Die Wohnungen mit nur einem oder keinem heizbaren Zimmer für eine ganze Familie bilden nahezu die Hälfte aller bewohnten Räume in den Großstädten, wie eine Erhebung aus dem Jahre 1900 ganz unzweifelhaft beweist. Und sind nun wirklich zwei Zimmer von dem Arbeiter gemietet, so muß durch Schließburschen, wie der Großstadt-Ausdruck lautet, die verteuerte Mietskategorie im Gefolge hat.

Daß die Kinder in den Großstädten unter diesen Umständen ganz besonders schlimm daran sind, ergibt sich aus den nachfolgenden Erwägungen. Während die Eltern zumeist ihre Jugend auf dem Lande oder in der Kleinstadt verleihen und so bei aller sonstigen Proletariatsmisere wenigstens stets frische Luft, viel Bewegung im Freien, Kontakt mit der Natur hatten, ist den Großstadtkindern alles dieses genommen. Schon der Säugling und das ganz kleine Kind muß frische Luft entbehren, weil niemand Zeit hat, sie spazieren zu führen und weil bei 3-4 Treppen Höhe selbst für die Arbeiterfrau, die nur im Hause tätig ist, das viel zu viel Zeitverlust und Anstrengung erfordert. Kann das Kind endlich ohne Beanspruchung heruntergehen, so ist es den Gefahren des Großstadtlebens aus, auf Schritt und Tritt ausgelegt. Auf dem niedrigen Gasse will es der Hauswirt nicht spielen lassen, und die wenigen Plätze, wo die Kinder „buddeln“ und spielen können, gleichen in Berlin und anderen Großstädten schmuck-

<sup>\*)</sup> Das moderne Wohnungsproblem. Von Dr. Hans Hoff. Sammlung Mischel. Preis: 1.- Mk. Verlag: J. Köfeler Verlagshandlung, Kempten und München.



Stunden mußte ein jugendlicher Kollege an seinem freien Sonntag-nachmittag um 5 oder 6 Uhr antreten, um dann bis 8 Uhr abends zu arbeiten. Der unanständigen Art der Behandlung, die sich hier und da in den gemeinsamen Schimpfworten dokumentiert, muß von der Direktion unter allen Umständen entgegengetreten werden.

Sollten sich die geschilderten Verhältnisse nicht ändern, dann muß die Direktion veranlaßt werden, hier gründlich Wandel zu schaffen, wenn sie nicht in den Verdacht kommen will, solche unergütlichen Zustände zu dulden oder gar zu billigen.

Wie auch der Einfluß der Verwaltung in der Betriebskrankenkasse dazu führen kann, daß mit dem Gesundheitszustand der jugendlichen Kollegen Schindluder gespielt wird, beweisen die in der Krankenkasse vorgebrachten Beschwerden. Zwei Arbeitsburichen hatten sich bei dem Massenarzt Dr. Soudon krank gemeldet, wurden aber zurückgewiesen. Die Folge war, daß kurz darauf beide Arbeitsburichen von einem anderen Arzt dem Krankenhaus überwiesen wurden. Der eine derselben wurde, als er nach erfolgter Krankenhaus- und Heilstättenbehandlung sich zur Arbeit meldete und es wagte, gegen den Arzt Beschwerde zu erheben, entlassen. Diese offensichtliche Ungerechtigkeit ging dem Direktor, Baurat Szalla, offenbar denn doch zu weit, so daß er die Wiedereinstellung verfügte. Ebenfalls hat der Massenarzt Dr. Wille einen jugendlichen Kollegen nicht für krank befunden, der, als er sich anderen Tages in einem Krankenhaus untersuchen ließ, auf drei Wochen sich einer Krankenhausbehandlung unterziehen mußte.

Stellen wir zum Schluß noch die Tatsache fest, daß trotz eines schon einmal eingereichten Antrages des Arbeiterausschusses den jugendlichen Arbeitern der Besuch der Pflichtfortbildungsschule nicht gestattet wird, so ist damit ein Bild entrollt, wie es trüber nicht gedacht werden kann. Hier helfend und fördernd eingzugreifen, ist sicher der Mühe aller Kollegen wert. Kommen unsere jugendlichen Kollegen unserem Mahnruf nach, im Arbeitsverhältnis alle übernommenen Pflichten zu erfüllen, dann werden sie auch ihre Rechte durch die Macht der Organisation nachdrücklich durchsetzen können. Die Aufklärung und Belehrung, welche die gewerkschaftliche Organisation bringt, lehrt ihnen bald, daß nur die Einigkeit stark macht.

### Wasserbauarbeiter

**Landshut.** Hier fand am 23. Januar eine Versammlung der Wasserbauarbeiter statt, in der Banleiter Sebold über die Lohnfrage der staatlichen Arbeiter referierte. Aus seinen Ausführungen verdient insbesondere die Tatsache Erwähnung, daß diese Lohnfragen wohl schon erledigt sein könnten, wenn nicht der „christliche“ Arbeitersekretär und Landtagsabgeordneter Daur das diesbezügliche Referat hätte wochenlang zu Hause liegen lassen, um dann am 17. Dezember die Aufbesserungsanträge mit dem Vermerken wieder an den Vorsitzenden des N. (sozialen) Ausschusses zurückzugeben, daß er für die Bearbeitung der Anträge keine Zeit habe. Derselben Ausschuß gebrachte auch der Abgeordnete Schwarz (gleichfalls „christlicher“ Arbeiterführer). Da fragte es sich wohl, weshalb diese Herren Arbeiterführer wirklich keine Zeit haben für Arbeiterwünsche. Gehen ihnen denn andere Angelegenheiten der so

nötigen Aufbesserung vor? — Auf diese Weise erhielt das Referat der sozialdemokratische Abg. Kockhaupter, der trotz der Weihnachtstferien die Arbeit so förderte, daß am 19. Januar die erste Sitzung des sozialen Ausschusses stattfinden konnte. Die Angelegenheit aber kam nicht völlig zum Abschluß, weil der sich auch zu den „christlichen“ Arbeitervertretern zählende Abgeordnete Cabaan einen Antrag auf Vertagung bis zum 28. Januar stellte, welchem Antrag natürlich die Zentrumsabgeordneten eifrigst unterstützten. Dieser Vorgang ist sehr lehrreich für jene Arbeiter, die noch den christlichen Organisationen nachlaufen. Die Landshuter Wasserbauarbeiter haben freilich sämtlich der christlichen Organisation den Rücken gekehrt und sind zum freien Verbande übergetreten. Sogar die hiesigen städtischen Arbeiter sind bei den „Christlichen“ ausgetreten. — In der Diskussion wurden Klagen darüber laut, daß bei größeren Entfernungen immer noch keine Zulagen bezahlt werden; nicht einmal dann, wenn die Arbeiter höchst überflüssigerweise von ihrem Wohnort nach weit entlegenen Arbeitsstellen müssen, während in nächster Nähe andere Arbeiter beschäftigt werden, die natürlich auch wieder von weither laufen müssen. Interessant ist auch, daß bei Lohnerhöhungen immer von den Kosten die Rede ist. Aber die Bauämter wissen sich schon zu helfen. Da sind z. B. beim Wasserbau Landshut einige Leute beschäftigt, die schon 1908 einen Lohn von 2,20 Mk. hatten. Nachdem aber 1909 um 20 Pf. aufgebessert wurde, erhalten sie nun 2,80 Mk. Solche Ungereimtheiten sollten denn doch in einem richtig geleiteten Betrieb nicht vorkommen. Am Schluß der Versammlung fand die erstmalige Wahl der Filialleitung statt, die sich glatt vollzog. Möge sich die junge Filiale günstig entwickeln und ihr gute Erfolge beschieden sein.

### Notizen für Gasarbeiter

**Hildesheim.** Am 26. Januar tagte eine Betriebsversammlung der Gasarbeiter im Lokale des Herrn Tölle. Koll. Reikner-Hannover referierte über „Die Sozialpolitik der Stadtverwaltungen“. Die Ausführungen des Referenten weckten allseitig Interesse und fanden lebhaften Beifall. In Hildesheim sind den städtischen Arbeitern sozialpolitische Einrichtungen völlig unbekannte Dinge. Mein Wunder bei der bisherigen Interesslosigkeit der Arbeiter. Nach dem Vortrag setzte eine sehr lebhaft Diskussions ein, an der sich auch die anwesenden „Christen“, namentlich deren Leiter Ling-Hannover, beteiligten. Es wurde von den übrigen Rednern, namentlich von dem Arbeitersekretär Wegener darauf aufmerksam gemacht, wie dringend notwendig es für alle diejenigen Arbeiter ist, die anderen Organisationen angehören, unserem Verbande beizutreten. Durch diesen Zuwachs an Mitgliedern würde sich unsere Organisation so entwickeln, daß dann die Arbeiter jetzt schon eine feste Stütze an der Organisation hätten. Auch von den Gasarbeitern selbst wurde der jetzige Zustand als ein unhaltbarer bezeichnet, da niemand weiß, wer organisiert ist und wer nicht. Zum Schluß ging Koll. Reikner noch einmal auf alle Einwendungen und Äußerungen ein und betonte, daß wir uns durch nichts beirren lassen, die Arbeiter des Gaswerks immer wieder aneinanderzufügen, wie es in ihrem eigenen Interesse liegt, sich alle unserer Organisation anzuschließen. Nur dadurch wird die Agitation vereinfacht, das Vorgehen bei Lohnbewegungen planmäßiger

den Ameisenhaufen, so daß auch hier die körperliche Bewegung nicht zu ihrem Rechte kommt.

Wenn gar Krankheit oder Siechtum bei der Arbeiterfamilie ihren Einzug halten, so ist die Ansteckungsgefahr unter den heutigen Wohnverhältnissen enorm groß. Würde nicht durch die Krankenversicherung in allen gefährlicheren Fällen alsbald die Ueberführung in ein Krankenhaus ermöglicht, so könnten wir auch heute noch die gräßlichsten Epidemien erleben, die nur je die Menschheit heimgesucht haben.

Jedenfalls kann als feststehend gelten, daß die Proletariatskrankheit — die Lungentuberkulose — nicht entfernt solche Dimensionen angenommen hätte, wie das trotz aller Vorbeugungs- und Sparierungsversuche gegenwärtig der Fall ist, wenn nicht die traurigen Wohnungsverhältnisse alle Bekämpfungsbemühungen wieder zur Zuspätkommenheit machten. Professor Koch, der bekannte Tuberkulose-Forscher, sagt hierüber: „Da, wo die städtische Mietskasernen an die Stelle des von Sonne und Luft umwobenen Familienhauses tritt, wo geschlossene Häuserreihen so nahe aneinander rücken, daß die Mehrzahl der Bewohner zu Schattenwohnern werden, wo die Wohnräume möglichst beschränkt und mit Insekten überfüllt werden, da verdoppelt sich die Zahl der Unglücklichen, welche der Lungenschwindsucht zum Opfer fallen“.

Dabei verdrängt die Miete oftmals den vierten bis dritten Teil des Arbeiter-Einkommens. Die Steigerung der Wohnungspreise im letzten Jahrzehnt ging fortgesetzt vor sich und die „Hausagrarier“ sind eine nicht minder gefährliche Spezies von Ausbeutern, wie die

Landagrarier. Vielsach sind die obendrein privilegierten Hausbesitzer noch so unberührt, über die Nachkommenschaft mitbestimmen zu wollen, indem sie kinderreichen Familien keine Wohnung gewähren usw. Die Herren haben bekanntlich in Preußen das Recht, die Hälfte aller Stadtverordneten für sich in Anspruch zu nehmen. Was Wunder, wenn die städtischen Verwaltungen ihnen entweder zu Willen sein müssen oder doch nur schwer gegen den sozialpolitischen Unverstand und gegen den Egoismus dieser Leute antämpfen können.

Wir könnten das wenig erfreuliche Bild der Wohnung des Arbeiters, der durchgängig in dieser Misere zu leben gezwungen ist, noch weiter ausmalen. Es mag aber genügen, hier nur noch die Sterblichkeitsziffer zweier Streife der Stadt Wien in Parallele zu stellen, die sicher ganz allgemein für die Großstädte zutreffen. Professor Philippovich stellte fest, daß im günstigsten Bezirk 11,6 Personen auf 1000 sterben, im ungünstigsten aber 35,0! Also über dreimal so groß ist die Sterblichkeit im Proletariatsviertel mit seiner Wohnungsdichtigkeit usw. Auch die hohe Säuglingssterblichkeit führt Dr. Meinert in Dresden hauptsächlich auf die überfüllten, überhitzten Wohnräume zurück, in welchen gewohnt, gelacht und geschlafen wird.

Was ist nun bislang zur Besserung der Wohnungsverhältnisse geschehen?

Stückwerk, nichts als Stückwerk. Es gewinnt den Anschein, als wenn unsere heutigen, so „wissenschaftlich geordnete“ kapitalistische Gesellschaftsordnung absolut außerstande ist, hier durchgreifende Reformen anzubahnen!



Referat  
die erste  
gelegent-  
zu den  
einen  
Antrag  
Dieser  
ständigen  
haben  
ort und  
ständigen  
Befugnis  
immer  
nn die  
fellen.  
rt nach  
Rähe  
er von  
hungen  
wissen  
einige  
hatten.  
e nun  
richtig  
mlung  
t voll  
te gute

und nicht mehr so kompliziert. Eine Organisation kann seine Entscheidungen viel schneller fassen, als wenn 7 bis 8 Verbände in Frage kommen. Der Verbandsbesuch wird ebenfalls gehoben. Jetzt sagen die in anderen Verbänden organisierten: „Was gehen uns die Versammlungen dieses Verbandes an, wir gehen zu den Versammlungen unserer Organisation.“ Bestehen Mißstände, dann wendet sich jedes Mitglied an seine Organisation, die muß für ihn eintreten. Die Betriebsleitung wird dann von verschiedenen Seiten mit Eingaben bombardiert und der Erfolg ist dann, daß die Betriebsleitung steht, wie zersplittert die Arbeiter sind, und es bleibt alles beim alten.

**Reichenhall.** In unserem Bericht „Der Stadtverwaltung Reichenhall gewidmet“ tragen wir hiermit nach, daß über die darin enthaltenen Angaben bezüglich des Herrn Gasmeisters Ehardt eine Sitzung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters und unter Anwesenheit des Referenten, des Gasmeisters Ehardt, sämtlicher verfügbaren Gasarbeiter und unserer Reichenhaller Ortsverwaltung am 18. Januar tagte, in der festgestellt wurde, daß der entlassene Arbeiter Ladner an der geschilderten Explosion des Gasofens die Schuld trug, was dieser nicht zu bestreiten vermochte. Auch dessen übrige Angaben erwiesen sich nicht als stichhaltig. Bei dieser Gelegenheit verwies der Herr Bürgermeister Dr. Söllner besonders darauf, daß die Koalitionsfreiheit der städtischen Arbeiter vollkommen gewahrt sei. Verstöße hiergegen würde er unumgänglich ahnden. Wir nehmen hiervon erst recht Notiz. Im übrigen sollten sich die Mitglieder stets befleißigen, nur solche Angaben zu machen, die sie gegebenenfalls auch unter Eid aufrecht erhalten können.

### • Aus den Stadtparlamenten •

**Bamberg.** Das Magistratskollegium genehmigte für die Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter unter Abrechnung aller weitergehenden Forderungen unserer Organisation eine durchschnittliche 7½prozentige Zulage. Abgelehnt wurde die Forderung der Bezahlung der Wochenfeiertage, der Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn in Erkrankungsfällen, der Verkürzung der Arbeitszeit von 1½ auf 8 Stunden für die Schichtarbeiter des Gaswerks und die Aufstellung eines Zentralausschusses der städtischen Arbeiter. Genehmigt dagegen die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse für die Arbeiter, wobei die circa 100.000 Mk. betragenden Invalidenfonds der städtischen Werke, Gaswerk und Wasserwerk, als Grundstock verwendet werden sollen, und müssen die Vorarbeiten hierfür alsbald in Angriff genommen werden. Der jährliche Mehraufwand für diese Lohnaufbesserung der Arbeiter soll 16.720 Mk. betragen.

**Kalle a. S.** Bei Beratung der Gehaltsvorlage sowie des Antrages auf Lohnerhöhung usw. für die städtischen Arbeiter in der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Januar gab es recht interessante Debatten über die Arbeiterlöhne, auf die wir aus räumlichen Gründen im einzelnen leider nicht eingehen können. Zum Schluß wurde die Ausschussvorlage zurückverwiesen. Die Debatte ging also aus wie das Hornberger Schiefen. Offenlich bringt der Ausschuss diesmal etwas Besseres zustande.

**Hohenlimburg.** Die Stadtverordnetenversammlung erledigte in vorantlicher Sitzung die Besoldungsvorlagen für die städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter. Das

Die wohlhabenden Leute freilich können sich in die Gartenstädte flüchten. Sie haben die Zeit und das Geld dazu. Und die nicht wegzulenkenden Schäden auch für einen großen Teil des Bürgertums, wie es im heutigen Wohnungswesen der Großstadt begründet ist, werden einigermaßen ausgeglichen durch Ferienreisen, sportliche Veranstaltungen usw.

Nur sind freilich Baugenossenschaften aller Art gegründet. Aber so sehr wir zur Unterstützung dieser segensreichen Einrichtung beitragen möchten, sie kann auf absehbare Zeit doch immer nur einzelnen wenigen zustatten kommen. So wird in dem Wohnungswesen im allgemeinen dadurch wenig geändert. Das bis jetzt auf diesem Gebiete geleistet ist, verdient gewiß Anerkennung, insbesondere soweit die Baugenossenschaften von Arbeitern gegründet und für Arbeiter bestimmt sind. Aber es wäre verfehlt, die Bedeutung dieser Einzelexperimente zu überschätzen.

Vereinzelt haben sich auch Staat und Gemeinde mit dem Wohnungsproblem befaßt. Der Staat, indem er Zuschüsse oder Darlehen für solche Baugenossenschaften leistete, deren „gute Meinung“ außer Zweifel war. Die Gemeinde hat wohl eine Bauabteilung und zahlreiche „Verordnungen“. Aber das hat, wie wir gesehen haben, nicht zu verhindern vermocht, daß das Wohnungswesen immer größer geworden ist. Einzelne Stadtgemeinden, wie z. B. Breslau, Kiel, Münster, Köln, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Mannheim, Stettin, Nürnberg, Heidelberg u. a. m., haben zwar gemeindliche Wohnungen eingerichtet, die teils für städtische Arbeiter und Beamte, teils auch von Arbeitern

Dienstleistungen des Bürgermeisters wurde wie folgt festgesetzt: Grundgehalt 8500 Mk., steigend alle drei Jahre um 500 Mk. bis zum Höchstbetrage von 10.500 Mk., neben freier Dienstwohnung oder einem Wohnungsgeldzuschuß von 600 Mk. Die Ortszulagen wurden bis zum Höchstbetrage von 400 Mk. für Lehrer und 150 Mk. für Angestellte und städtische Arbeiter wurde eine Lohnaufbesserung um 10 Proz. zugestimmt.

**Kosowatz.** In der letzten Gemeindevorstandersitzung empfahl der Bürgermeister neben umfangreichen Erhöhungen sämtlicher Beamtengehälter, die Löhne der Gemeindearbeiter anders zu regeln, denselben bestimmte Anfangs- und Höchstlöhne zu garantieren sowie zur Regelung des Arbeitsverhältnisses eine Arbeitsordnung zu schaffen. Welche Mehrausgaben durch die Erhöhung der Arbeiterlöhne der Gemeinde entstehen, lasse sich jetzt noch nicht feststellen. Nach längerer Debatte, in welcher die Sozialdemokraten eine Umgestaltung der „neuen“ Arbeitsordnung sowie bessere Löhne für die Gemeindearbeiter für notwendig erachteten, wurde die Vorlage von Seiten des Magistrats zurückgezogen. Öffentlich bringt man bald etwas Gescheiteres zustande.

**Nabeven (Dresden).** Die hiesigen Gemeindearbeiter und Laternenwärter, welche bis auf ganz wenige unserer Organisation angehören, reichten im Oktober v. J. Anträge auf Erhöhung der Löhne ein. In der Gemeindevorstandersitzung vom 18. Dezember wurde über die Anträge der Arbeiter und Laternenwärter verhandelt. Auf Antrag des Bauausschusses wurden die Löhne der Straßenarbeiter um 8 Pf. pro Stunde, die Laternenwärterlöhne von 4 auf 4¼ Pf. pro Laterne erhöht. Die Arbeiterlöhne betragen jetzt 37, 39, 40 und 41 Pf. pro Stunde. Der Beschluß des Gemeinderats gilt vom 15. November. In derselben Sitzung erhielten auch die Beamten der Gemeinde ganz ansehnliche Gehaltserhöhungen. Uebrigens kann gesagt werden, daß das Arbeitsverhältnis in der Gemeinde wohlthuend absteht von dem in der benachbarten Residenz.

**Reutlingen.** Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die ständigen städtischen Arbeiter, die seither im Sommer noch 11 Stunden beschäftigt waren, die 10stündige Arbeitszeit einzuführen, wie dies mit Ausnahme von Tuttlingen in allen anderen mittleren Städten des Landes der Fall ist. Ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag, die seither bezahlten Tagelöhne auch künftig zu belassen, wurde abgelehnt, weil dies einer Lohnerhöhung von 10 Proz. gleichkommen wäre und die am Plakate bezahlten Tagelöhne in dieser Richtung beeinflusst hätte. Die ständigen städtischen Arbeiter erhalten einen Minimalstundenlohn von 84 Pf. — Also endlich den Zehnstundentag, dann aber noch Abzug der einen Stunde! Das ist ein starkes Stück und lehrt, wie „human“ Stadtverwaltungen sind, wenn keine Organisation ihr das Gewissen färbt.

**Sangerhausen.** In geschlossener Stadtverordnetenversammlung wurde über die Gehaltserhöhung der städtischen Beamten verhandelt. Der Magistrat schlug vor: Das Gehalt des 1. Bürgermeisters um 1000 Mk., des 2. Bürgermeisters um 500 Mk. und der Beamten bis zum Sparassistenten um 300 Mk., ferner das Gehalt der Vollziehungsbeamten und Polizeisergeanten um 200 Mk., der Maschinenisten und Heizer des Wasserwerks, des Hofmeisters, Bauaufsehers und Stadtgärtners um 100 Mk. zu erhöhen. Außerdem sollen die Alterszulagen schon nach drei statt nach vier Jahren

der Privatindustrie bezogen werden können, gegen ein etwas unter dem Durchschnitt gehaltenes Mietgeld.

Leider haben manche Städte (wie die Geschichte unseres Kleiner Streiks beweist), die wenig ehrenhafte Nebenabsicht dabei verfolgt, es den privatindustriellen „Wohlfahrtsvereinigungen“ nachzutun, d. h. die Koalitions- und Streikfreiheit indirekt auf diese Weise zu beschränken.

Deshalb sind auch weite Kreise der städtischen Arbeiter vom tiefsten Mißtrauen erfüllt gegenüber solcher „Wohlfahrtsvereinigung“ und es wird erst längerer Jahre und besserer Beweise als bisher bedürfen von Seiten der Stadtverwaltungen, wenn dieses nur zu berechtigter Mißtrauen schwinden soll.

Es wäre für die größeren Gemeinden wahrlich an der Zeit, etwas tiefer in den Beutel zu greifen und nicht nur einzelne „Musterhäuser“ entstehen zu lassen, sondern der raffinierten Boden- und Hauspekulation größere Gelände zu entziehen und dort musterhafte Arbeiterwohnungen im großen anzulegen! Wenn dann einwandfreie Mietkontrakte, die mit dem Arbeitsverhältnisse in keinerlei Beziehung gebracht werden, vorhanden sind, so werden auch die städtischen Arbeiter die Wohltaten solcher Einrichtungen sich zu eigen machen.

Einstweilen aber ist das Bild, das uns die Wohnungsfrage insbesondere des Großstadtarbeiters zeigt, ein überaus trübes, wie die einschlägige Schrift Dr. Kofis „Das moderne Wohnungsproblem“ uns wieder einmal in aller erschreckenden Deutlichkeit gezeigt hat.

E. D.



gewährt werden. Seitens der soz. demokratischen Stadtverordneten wurde folgender Antrag gestellt: „Die in den letzten zwei Jahren gezahlte Feuerungszulage als Gehaltszulage zu gewähren, jedoch für die Unterbeamten und städtischen Arbeiter mehr Mittel bereit zu stellen, als dies bei der Feuerungszulage der Fall war.“ Stadtv. Künzler (Soz.) begründete den Antrag und wies besonders darauf hin, wie traurig die Unterbeamten und städtischen Arbeiter entlohnt werden. Stundenlöhne von 14 bis 20 Pf. pro diese Leute mit 5, 6 M. „Lohn“ pro Woche nach Hause gehen müssen. Er beantragte, mehr Mittel bereit zu stellen, da die städtischen Arbeiter von der Feuerungszulage nur 5 bis 10 M. pro Jahr, die Unterbeamten 20 M., die höheren Beamten dagegen 100, 150 bis 250 M. erhalten haben. Stadtv. Riche (Soz.) führte aus, daß wir den Beamten gewiß eine Gehaltszulage gönnen, aber bei der schlechten Finanzlage unserer Stadt können wir es vor der Bürgerschaft nicht verantworten, für die Zulage in dieser Höhe einzutreten. In bezug auf die schlecht entlohten Arbeiter der Stadt empfahl er den Stadtverordneten, sich einmal den Gehalt eines solch miserabel bezahlten Arbeiters anzusehen, um dann selbst beurteilen zu können, wie traurig sich diese Leute durchschlagen müssen. Stadtv. Hoff (Soz.) fragte noch an, warum man nicht gleich ganze Arbeit mache und auch eine Vorlage zur Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten und städtischen Arbeiter mit Vorlage. Der Antrag, dem 1. Bürgermeister eine Gehaltszulage von 1000 M. zu gewähren, wurde von der Versammlung abgelehnt, im übrigen wurde die Vorlage des Magistrats gegen wenige Stimmen angenommen. — Wann werden die städtischen Arbeiter begreifen, daß sie sich nicht auf das „Wohlbefinden“ des Magistrats verlassen dürfen, sondern sich ihrer Organisation, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen müssen?

**Schöneberg.** Wir hatten in Nr. 52/53 der „Gewerkschaft“ 1909 eine der Tagespresse entnommene Mitteilung gebracht, wonach die Gewährung alkoholfreier Getränke an städtische Arbeiter von der Reichsdeputation abgelehnt worden sei. Wie uns der Magistrat von Schöneberg unterm 24. Januar d. J. jedoch berichtend mitteilt, ist eine solche Ablehnung nicht erfolgt, die Veratung der Frage ist vielmehr einem Umtausch überliefert. Wir wollen nun hoffen, daß dieser Umtausch zu dem entgegengelegten Resultat kommt, als es in der Tagespresse angeklündigt worden ist.

**Stuttgart.** In der Sitzung des Gemeinderats vom 7. Januar wurde erneut die Aufhebung der Lohnverkürzung für die im Winter im Freien beschäftigten städtischen Arbeiter verhandelt. Nach einer geradezu arbeitgeberfeindlichen Debatte, in welcher auch wieder die Privatindustrie verhalten mußte, wurde wiederum mit 1 Stimme Majorität die gemeinsame Sitzung beider Kollegien in dieser Angelegenheit abgelehnt. Damit bleibt leider der verkürzte Winterlohn.

## • Aus unserer Bewegung •

**Arbeitervorschauwahlen in München.** Unter lebhafter Beteiligung wurde unsere diesmalige „Wahlkacht“ am 30. dieses Monats abgehalten. Die „Christlichen“ hatten vergebliche Anstrengungen gemacht, um ihre Niederlage bei der letzten Wahl wieder weit zu machen. Allein vergeblich! Wir errangen einen glänzenden Sieg auf der ganzen Linie und einzig die Stadtgärtnerei wurde von den „Christlichen“ besetzt. In sämtlichen übrigen sieben Betrieben wurden unsere Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt.

**Bremen.** Daß der bremische Staat seine Arbeiter zu einem großen Teile mit mangelhaften Löhnen absperrt, ist nachgerade allgemein bekannt. Nichtsdestoweniger ist es notwendig, immer erneut durch Aufzeichnung der Lohnverhältnisse einzelner Arbeiterkategorien auf die famose Lohnpolitik der bremischen Verwaltungsdeputationen hinzuweisen. Der bremische Staat beschäftigt auch eine Anzahl Stredenarbeiter. Sie sind von der Deputation für Häfen und Eisenbahnen einmündet. Der Anfangslohn beträgt pro Stunde 35 Pf., der dann nach zweijähriger Dienstzeit auf 40 Pf. steigt. Man könnte vielleicht noch eher damit haushalten, wenn der Wochenverdienst jährlich, ja, ja, derselbe wäre. Das ist jedoch nicht der Fall. Im Sommer wird, und zwar vom 1. April bis 1. Oktober, 10 Stunden gearbeitet, vom 1. Oktober bis 1. November und vom 1. März bis 1. April 9½ Stunden, vom 1. November bis 1. März 8½ Stunden. Also haben die Arbeiter im Sommer sechs Monate hindurch einen Verdienst von 3,50 M., resp. 4 M., ferner zwei Monate lang einen solchen von 3,25 M., resp. 3,50 M., in den verbleibenden vier Monaten, und gerade in einer Zeit, in der der Haushalt die größten Ausgaben erfordert, erhalten sie 2,67½ M., resp. 2,40 M. pro Tag. Mitbin beträgt der Wochenverdienst 21 M., resp. 24 M., zwei Monate hindurch 19,35 M., resp. 22,80 M., und in einem Zeitraum von vier Monaten 17,85 M., resp. 20,10 M. Davon wird noch in Abzug gebracht vom 1. Januar 1910 ab 70 Pf. Rentenlohn (höher 80 Pf.), 15 Pf. Invalidenlohn und 22 Pf. Ruhegehaltspension, macht zusammen 1,07 M., die Woche nimmt

man nun den horrenden Wochenverdienst von 17,85 M., so bleibt ein Verdienst von 16,78 M. Hinzu kommt weiter, daß auch Stredenarbeiter durch irgend welche Umstände einen oder mehr Tage verhindert sein kann, zu arbeiten. Schließlich zwingen sie bei andauernd ungünstigen Witterungsverhältnissen auch die Arbeiter auf seine eigene Gesundheit dazu, einmal einen „Feiertag“ zu machen. Dann verkürzt sich natürlich der Wochenverdienst so mehr. Alle diese Tatsachen sind der Deputation mitgeteilt und sie ist ersucht worden, die Löhne etwas zu erhöhen. Die Deputation lehnte ab. Unsere Kollegen wandten sich an den Senat. Der war nicht für die Wünsche der Stredenarbeiter zu erwärmen. Daraufhin wünschten die Arbeiter, daß wenigstens ihre Arbeit in den Wintermonaten nicht so sehr gekürzt werde. Die Deputation lehnte ebenfalls vom Senat abgelehnt. Die Deputation lehnte. Das ist jedoch nicht ganz richtig, denn es werden schon jetzt zeitweilig morgens im Dunkeln schwere Schienen transportiert. Das einzige, was den Arbeitern ward, ist die Bezahlung der in der Woche fallenden Feiertage mit 70 Proz. des Lohnes. Diese Bezahlung erhalten jedoch nur solche Arbeiter, die mindestens ein Jahr vom Staat beschäftigt wurden. Die am schlechtesten entlohten bleiben also auch von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. Es ist unmöglich, daß eine Familie mit drei bis vier Kindern von einem Einkommen von 33,66 M. für 14 Tage — die Stredenarbeiter haben 14tägige Lohnzahlungsperioden — leben kann. Entweder muß sie Hunger leiden, oder die Frau und Mutter muß mit erwerbstätig sein und die Kinder sich selbst überlassen. Man betrimmern, sie können es nicht hindern. Das alles kann jedoch die bremischen Kaufherren in den Deputationen nicht bewegen. Besserungen zu schaffen. Es ist ja ein Mittelding mehr, die Gratz-Aufgabe unserer Organisation muß es sein, ihre ganze Kraft einzuwerfen, damit diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende bereitet werden kann.

**Elm.** Die am 23. Januar gut besuchte Generalversammlung konnte einen sehr günstigen Bericht über das letzte Quartal und über die Tätigkeit des Jahres entgegennehmen. Kollege Eläs gab zunächst die Abrechnung des 4. Quartals; zu bemerken ist, daß die Zahl der verkauften Marken wieder um 800 gestiegen ist. Der Mitgliederbestand erhöhte sich auf 690. Aus der Mitte der Versammlung wurde wiederholt der Freude über die gesunde Entwicklung der Filiale Ausdruck gegeben und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der folgenden Vorstandswahl wies Kollege Reumann auf das vorzügliche Zusammenarbeiten des Vorstandes im letzten Jahre hin. Ein diesbezüglich gelegentlich der vorjährigen Wahl geäußelter Wunsch sei zum Vorteil der Filiale in Erfüllung gegangen. Die Diskussion bewegte sich in gleichem Sinne und war das Ergebnis, daß der alte Vorstand mit Ausnahme eines Kollegen per Affimation wiedergewählt wurde. Auf den erledigten Posten wählte die Versammlung den Kollegen Strahburger. Kassierer Schäfer berichtete über die Arbeiten des letzten Jahres. Die Filiale hat sowohl prozentual als auch im Masse gebaren von den Kölner Gewerkschaften am günstigsten abgekommen. Dieses ist neben dem vorzüglichen Funktionieren des Vorstandes allen im Vortreffen stehenden Kollegen, den Vertrauensleuten und Unterassistenten zu danken. Der innere Ausbau der Organisation entwickelt sich mehr und mehr. Neueröffnungen sind die Betriebe bei der Vorortbahn Frechen und die Bademhallen. Bemerkenswert ist, daß auch bei der städtischen Verwaltung ein anderer Geist als zu Zeiten des Oberbürgermeisters Weder herrscht. Während letzterer bekanntlich hinter jedem organisierten Arbeiter die Hydra der Revolution witterte, hat der jetzige Oberbürgermeister anerkannt, daß in der modernen Arbeiterbewegung eine Reihe sittlicher und kultureller Werte schlummern. Eine derartige Anerkennung spiegelt sich auch in dem Gebaren der unteren Organe wider, und den die Jahresabrechnung ist in dem Jahrbuch der Kölner Gewerkschaften, Preis 10 Pf., enthalten, welches anzuschaffen jedem Kollegen empfohlen wird.

**Eisenach.** Die Generalversammlung besaßte sich zunächst mit dem Jahresbericht. Die Einnahme erzielte 420,40 M., die Ausgabe 239,72 M. Die Mitgliederzahl zählte 135, ausgeschieden 17. Sodann erfolgte die Vorstandswahl. Als 1. Vorsitzender A. Stoll, 2. Vorsitzender Fr. Richter, 1. Kassierer A. Wehlig, 1. Schriftführer A. Muppert, Beisitzer G. Meixner, Fr. Frank, Fr. Jäger, Beisitzer Fr. Zimmermann, Fr. Vogt, A. Michel, Unterassistenten H. Monrad, Fr. Mühlmeier, Fr. Zimmermann. Zur Gaudelorenz als Delegierter ist Stoll, A. Stoll gewählt. Die eingereichte Lohnforderung ist in der Gemeinderatsitzung zur Förderung gelangt. Kassierer Verthold referierte alsdann noch über die Fortschritte unseres Verbandes.

**Mühl.** Am 10. Januar hielt die hiesige Filiale ihre Jahres-Generalversammlung ab. Vorsitzender Streckfuß erstattete den Jahresbericht. Aus diesem ging hervor, daß sich die Mitgliederzahl um 20 vermehrte, nämlich von 178 auf 198. Drei Mitglieder starben im verflochtenen Jahre. Moll Marquart gab sodann den Massenbericht. Aus der Neuwahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Streckfuß, 2. Vorsitzender Bauer, 1. Kassierer Marquart,



85 M., so bleibt  
ter, daß auch ein  
nen oder mehrere  
lich zwingen ihn  
en auch die Käu-  
einen „Feiertag“  
denverdienst um  
n mitgeteilt und  
n. Die Depu-  
ten Senat. Auch  
er zu erwärmen.  
s ihre Arbeits-  
werde. Dieser  
mit der Begrün-  
arbeitet werden  
werden schon jeht  
n transportiert  
lösung der in die  
nes Diese Be-  
mindestens zwei  
schlechtesten ent-  
g ausgeschlossen.  
er Kindern von  
die Streden-  
en kann. Ent-  
d Mutter muß  
berlassen. Wä-  
nn die Kinder  
s kann jedoch  
nicht bewegen.  
nch, die Kraft  
g aufzubehalten.  
nge Kraft ein-  
Ende bereitet

alversammlung  
artal und über  
as gab zu-  
st, daß die  
ist. Der Mit-  
Versammlung  
widmung der  
erteilt. Bei-  
n auf das  
n Jahre hin-  
herter Wunsch  
die Diskussion  
nis, daß der  
ation wieder-  
Versammlung  
ete über die  
rozentual als  
n günstigen  
tionieren des  
Vertrauens-  
der Organi-  
die Betriebe  
Bewertungs-  
mberer Geist  
Während  
die Ohdra  
er anerkannt,  
ttlicher und  
ung spiegelt  
g, und den  
bericht und  
verfälschten,  
egen emp-

undacht mit  
die Ausgabe  
n 17. So-  
A. Kroll,  
Schriftführer  
Revisoren  
D. Konrad,  
als Tele-  
sorderung  
Gauleiter  
te unseres  
e Jahres-  
ante den  
gliederzahl  
der starben  
n Kassen-  
r: 1. Vor-  
Marquart,

2. Kassierer Eibhorn, Schriftführer Albrecht, als Revisoren Leibinger und Spahn, als Revisor Egermeier und Eismann. Als Kartelldelegationsleiter wurde noch, daß das Verbandsorgan den Kollegen das Pflichtgefühl ihrer Organisation gegenüber immer mehr erstarkt ist.

**Wesweiler.** Am Jahrestage der Gründung unserer Filiale wurde die erste Generalversammlung abgehalten. Stoll, Bischoff erstattete den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit von 40 bei Gewerkschaftsbericht noch vom Stoll. Bärker ergänzt. Den Kassenbericht des Vorstandes zeitigte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Bischoff, 2. Vorsitzender Bismarck, 1. Kassierer J. Kollrat, 2. Kassierer J. Kollrat, 1. Schriftführer A. Jäggen, 2. Schriftführer B. Jäggen, 1. Revisor J. Kollrat, 2. Revisor J. Kollrat, 1. Kartelldelegationsleiter J. Kollrat und A. Jäggen. Vom Gemeinderat soll eine neue Arbeitsordnung verlangt werden, wozu ein Entwurf baldigst eingereicht werden wird. Einige Mitglieder wurden zum Schluss noch zur Sprache gebracht und soll auf Abänderung hingewirkt werden.

**Kempten.** Lange in Diskussion gewiegt sind die städtischen Arbeiter in Kempten. Schon vor Jahresfrist war ihnen durch die Beschlüsse der städtischen Kollegien eine Lohnreduzierung nahegelegt. In Wirklichkeit haben sie jetzt im Jahresrückblick weniger wie vor der Lohnaufbesserung! Der Öffentlichkeit ließ man aber wissen, daß die städtischen Arbeiter 20, 30 und 40 Pf. pro Tag am Lohn aufbessert sind, was 7000 M. Mehrausgabe verursacht. Nachdem aber die städtischen Arbeiter über diese Löhne wieder umzuregeln zu ihren Gunsten. Wenn nun wahr ist, daß, was lange dauert, gut wird, dann könnte sein, daß die Forderungen der städtischen Arbeiter aufgewogen werden. Das letztere wird aber kaum zutreffen und unsere Kollegen müssen kommen. Besonders die Arbeiter im elektrischen Werk sollten sich nicht so „beamtet“ fühlen. Es wird also die Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter die treibende Kraft sein, daß nun, nachdem die Beamten und Lehrer aufgebessert wurden, auch den Wünschen der Arbeiter mehr Rechnung getragen wird.

**Magdeburg.** Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung bei Vöhrfeld statt. Es sei hier darauf hin, daß die Vorträge des Herrn Museumsdirektor Volbehr verlegt worden sind und später bekannt gegeben werden. Eine Versammlung der Arbeiterjugend findet am 23. Januar statt. Hierauf gab der Vorstand seinen Bericht. Gauleiter Strunk betonte, daß jeder Kollege mitarbeiten solle, damit die Organisation noch größer und stärker wird. Es sei berichtet, daß der Vorstand und die Ausschussmitglieder im vergangenen Jahre voll auf ihre Arbeit hatten. Am Anfang des Jahres waren es 528, am Ende 668 Mitglieder. Die Abrechnung vom 4. Quartal gab 3491,39 M., die Ausgabe 761,23 M. An der Hauptversammlung 138,69 M. gefandt. An Unterhaltungen wurden gezahlt in Sterbefällen 140 M., an Kranke 324,65 M., Arbeitslose erhielten 84,65 M. In der Filiale bleibt ein Bestand von 802,27 M. Strunk gab noch zum Teil bekannt, wie sich die einzelne Auflage verteilt hat. In nächster Zeit soll eine Ausschussung stattfinden, wozu Stadtverordnete mit eingeladen werden. Ein Antrag, sobald das Material zusammengefasst ist, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, wurde angenommen. Im Februarrechnung vom Winterbergnen ergab einen Überschuss von 80 M. Ein Antrag, dem Kassierer für Eudenburg extra mit 50 Pf. zu entschädigen, wurde dem Vorstand überwiesen. Unter „Verschiedenes“ teilte Senft mit, daß eine Wählerkontrolle stattfindet.

**Stettin.** Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege E. H. C. teilte der Versammlung u. a. mit, daß vom September bis Jahreschluss die Mitgliederzahl um 50 gestiegen ist, und legte den Anwesenden ans Herz, so weiter zu arbeiten. Abdom gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal. Die Einnahme betrug 1082,17 M., Ausgabe 104,16 M. Die Einnahme bleibt ein Bestand von 327,37 M. Die Wahlen des gesamten Vorstandes gaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Stelass, 2. Vorsitzender Gesele, 1. Kassierer Schmidt, 2. Kassierer Dräger, 1. Schriftführer Graf, 2. Schriftführer Koll, Revisor Krüger, Sonntag und Jentich, Revisoren Kassehl, Wendt und Spredemann, Kartelldelegierte Gründemann und Höppler. Zur Kranzdeputation bestimmte die Versammlung die Kollegen Sonntag, Stelass, Jentich, Gärtnner, Peyer und Jentich. Unter Verbandsangelegenheiten wurde eine Entschädigung für den 1. Vorsitzenden von 10 M. pro Quartal festgelegt. Unser Stiftungsfest mit Maschenball verbunden findet am 26. Februar im Volle von Paal statt. Für die Unterlasser sollen Mappen angeschafft werden. Einem Kollegen wurden 10 M. Unterstutzung bewilligt. Mit einem regen Appell an die Anwesenden, die Worte des Referenten zu beherzigen und von neuem in reger Agitation einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Stuttgart.** Unsere Filiale hielt am 23. Januar im Gewerkschaftshaus ihre jährliche Generalversammlung ab. Den Tätigkeits- und Kassenbericht erstattete Stoll. Dausen. Aus demselben geht

heraus, daß die Filiale ein ziemlich bewegtes Jahr hinter sich hat; Beginn des verflochtenen Jahres blieben nicht aus. Gleich zu zeitgemäße Revision der Arbeits- und Lohnordnung zu erreichen. Gegen Ende des Jahres trat die neue Arbeitsordnung in Kraft, die den Erwartungen zuträufte. So vor allem mußte die Lohnfrage alsbald wieder aufgegriffen werden, da die derzeitigen Löhne in keiner Weise befriedigen konnten. Das Versammlungsleben war ein ziemlich reges. Es fanden statt: 3 öffentliche, 14 Mitgliederversammlungen, 113 Betriebsversammlungen, 16 Bezirksversammlungen, 6 Vertrauensmännerversammlungen und 28 Verwaltungssitzungen. Die Agitation war von erfreulichen Erfolgen getränkt. So vor allem ist es gelungen, die staatlichen Telegraphenarbeiter in ihrer größten Zahl der Organisation zuzuführen, die betreffenden Kollegen haben einsehen lassen, daß sie nur dadurch die Möglichkeit erlangen, ihre so verdienstliche Tätigkeit ausüben zu können. Im Laufe des Jahres wurde durch technische Neueinrichtungen eine große Zahl Arbeiter überflüssig; trotzdem ist der Mitgliederstand von 1908 auf 1408 gesamt. Die Kassenberichte ergibt ein günstiges Bild. Die Einnahmen am Ort wurden 5670,70 M. ausbezahlt. Der Beitrag an die Gewerkschaftsfiliale betrug 1434,90 M. In die Hauptkasse wurden 12082,80 M. abgeführt. Das Kassenvermögen beträgt 4068,90 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Im Kassierer, ferner die Kollegen Ehr. Lang, Joh. Reiter, J. Dorsch, A. Nielsen, W. Hauser, D. Stetter und E. Vogel. Als Revisoren wurden wiedergewählt die Kollegen G. Stamm, J. Hay und E. Wurster. Kartelldelegierte: Spang und Stetter. Nach anregender Diskussion und einem energischen Appell an die Mitglieder zu eifriger Mitarbeit im kommenden Jahr, fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

**Wärzburg.** Sonntag, den 16. Januar, tagte unsere Generalversammlung, in welcher Stoll, Adler den Geschäftsbericht gab. Aus demselben ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre 10 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen abgehalten wurden. Die Zahl der Mitglieder hob sich von 103 auf 129, mithin eine Zunahme von 26. Der Kassenbericht, welcher den Kollegen gedruckt vorlag, wurde vom Kassierer Bay ergänzt. Die Neuwahl des Filialvorstandes ergab: 1. Vorsitzender, Konrad 2. Vorsitzender, Bay 1. und 2. Kassierer, Stoll Schriftführer, Höhn, Rohmard und Bandmann Revisor und als Revisoren H. Huth, M. Hofmann und Trump. Einige Anträge betreffend Agitation, Arbeiterpresse und Bürgerrechtsverein wurden angenommen. Nach der Versammlung fand eine Familienunterhaltung statt.

## • Internationale Rundschau •

**Amerika.** Die Butterid Publishing Company führt bekanntlich einen hartnäckigen Kampf mit der Union der New Yorker Buchdrucker; sie steht an der Spitze eines Teiles der nordamerikanischen Druckerunternehmer, die die Anerkennung der Gewerkschaften ablehnen und dieselben mit allen Mitteln bekämpfen. Die Firma vertreibt ihre Erzeugnisse in der ganzen Welt. Das Hauptgeschäft wird durch Verkauf von Kleider- und Schmuckmustern gemacht. Um für ihre Schnittmuster Bekanntheit zu machen, gibt die Firma in Deutschland mehrere Zeitchriften heraus. Es sind dies: „Modenrevue“, „Butterids Modenalbum“ und „Butterids Moden der Hauptstadt“. Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen werden von neuem daran erinnert, daß alle Fabrikate der Butterid Publishing Company von Streikbrochern hergestellt werden. Der Kampf, den die amerikanischen Buchdrucker um die Anerkennung der Gewerkschaften führen, wird mit einem Siege der Arbeiter enden, wenn die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands Solidarität übt und die amerikanischen Arbeiter in ihrem schwierigen Kampfe nach besten Kräften unterstützt. Besonders die Arbeiterfrauen und -Mädchen mögen deshalb nach wie vor den Butteridfabrikanten die nötige Beachtung schenken und den Kauf dieser Streikzeugnisse meiden.

— Die Organisation der Postangestellten der Vereinigten Staaten hatte anlässlich ihres letzten Kongresses im Oktober 1900 auch beschlossen, eine Erhöhung der Löhne durch eine Petition an das Parlament zu verlangen. Seitdem ist diese Forderung von den Führern der Organisation nach Möglichkeit in der Agitation benutzt worden. Der Verbandsvorsitzende wurde jedoch leithin vor die Oberpostbehörde geladen, wo man ihm eröffnete, er habe sich, und auf Befehl der Postbehörde, fortan jeder öffentlichen Agitation für die Erhöhung der Löhne der Postangestellten zu enthalten. Es soll sogar vom Präsidenten Laft beabsichtigt sein, diesen Angestellten das bisherige Petitionsrecht ganz zu nehmen. — Das sind ja wahrhaft preußische Zustände im „freien“ Amerika!

**Argentinien.** Die argentinischen Gewerkschaften, die infolge des kürzlich mit gutem Erfolge abgehaltenen Ein- und



gungstongress ein starkes Aufschwellen und Erstarren der Bewegung erwarteten, hatten nicht mit der Brutalität der Regierung gerechnet, die sieben einen 60tägigen Belagerungszustand verhängte, unter nichtigen Vorwänden alle anarchischen, sozialistischen und Gewerkschaftsblätter unterdrückte, die Bureaus schloß und alle bekannten Führer verhaftete. Innerhalb weniger Tage nach dem Attentat auf den Polizeipräsidenten in Buenos Aires waren schon über 4000 Personen unter dem Verdacht, Anarchisten zu sein, ausgewiesen. — Doch werden im Bürgertum jetzt schon einzelne Stimmen laut, die von den Maßnahmen der Regierung das Gegenteil des Gewünschten befürchten, und zwar eine um so größere Erbitterung und einen stärkeren Widerstand der Arbeiterschaft.

**England.** Der Einfluß der wirtschaftlichen Depression auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft wird drastisch durch eine vom englischen Arbeitsamte veröffentlichte Statistik illustriert. Von rund 700 000 Gewerkschaftsmitgliedern, auf die die Erhebung sich erstreckt, waren im Durchschnitt im Jahre 1909 7,7 Proz. ständig arbeitslos, gegen 7,8 Proz. im Jahre 1908. Die entsprechenden Ziffern für frühere Jahre waren 1905: 6 Proz., 1906: 3,5 Proz., 1907: 3,7 Proz. Im Jahre 1909 erlitten 1 129 511 Arbeiter Lohnherabsetzungen von insgesamt 1 398 180 Mk. wöchentlich, während nur 16 481 Arbeiter in winzige Erhöhung von durchschnittlich 13 940 Mk. pro Woche erglitten. Allein im Textilgewerbe gingen die Löhne um etwa 100 000 Mk. wöchentlich für etwa 156 000 Beschäftigte zurück und um etwa 50 000 Mk. für 50 000 Arbeiter im Maschinen- und Schiffbau. Eine Verringerung der Arbeitszeit wird für 62 758 Arbeiter (ohne die durch das Vergesetz Verührten) berichtet, von denen 1090 nummehr 3278 Stunden pro Woche länger arbeiten, während die Arbeitszeit für 61 063 Arbeiter um 110 271 Stunden wöchentlich verkürzt wurde.

**Frankreich.** Die untern Polizeibeamten von Paris tragen sich mit der Absicht, eine festere Organisation zu schaffen, als sie bisher in der sogenannten „Amicale“ (Freundschaftsbund) hatten. Darob natürlich Entsetzen unter den Bourgeois. Der „Temps“, ein bürgerliches Blatt, bringt unterm 27. Dezember einen echten Scharfmacherartikel mit der Überschrift „Die Anarchie in der Polizei“. Das Blatt malt all die schrecklichen Folgen einer Organisation der Polizeibeamten in grellen Farben und nennt dieselbe einen Triumph des Anarchismus. Der Ministerpräsident Briand, der die Sache gar nicht tragisch nehmen und den Polizeibeamten das Koalitionsrecht zugestehen will, wird darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht mehr Sozialist sei, sondern Chef des Staatswesens und daß er die Verantwortung trage. Den wahren Grund seiner Besorgnis aber enthüllt das Blatt am Schlusse des Artikels, indem es vom rein kapitalistischen Standpunkt erklärt: „Man vergegenwärtige sich, wie man Paris als unsichere Stadt meiden wird und wieviel Millionen und aber Millionen dadurch verloren gehen“, und mit Besorgnis ruft es aus: „in der ganzen Welt wird man sagen, die Polizei von Paris wird subditalistisch, das heißt anarchisch. Dann adieu Sicherheit, adieu Beliebtheit, adieu Reichtum, adieu Wohlstand!“ Zum Schlusse fordert es die Behörden und den Polizeipräsidenten auf, mit aller Macht diese Bestrebungen zu unterdrücken: „Wir können also das schöne Schauspiel genießen, wie die Polizei die Polizisten bekämpft.“

— Die Lohnbewegung der Pariser Schuhte. Die Pariser Schuhte haben, wie gemeldet wird, durch ihre Lohnbewegung vom Pariser Gemeinderat die Bewilligung der wichtigsten ihrer Ansprüche erlangt. Das in der Reichsversammlung angenommene Budget der Stadt Paris für 1910 gewährt den Schuhten eine Zulage von 100 Franken und eine Erhöhung des Bezahlungszuschusses von 150 auf 183 Franken. Außerdem ist eine neue Organisation des Dienstes unter Vermehrung der Zahl der Polizeinspektoren beschlossen worden, wodurch sich die Avancementsbedingungen wesentlich verbessern. Im ganzen sind die Ausgaben für die Polizei um 1545 350 Franken erhöht worden.

**Oesterreich.** Die Lohnbewegung unserer Prager Kollegen hat mit einem Siege geendet. Sie erhielten eine 20prozentige Lohnzulage. Dieser Erfolg zeigt, daß die Einigkeit der Arbeiter doch so manches vermag, deshalb muß es unsere Aufgabe sein, den Einfluß der Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter immer mehr zu steigern, damit durch ihn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessere werden.

**Rumänien.** Dem rumänischen Parlamente ist sieben ein Gesetzentwurf zugegangen, das der aufstrebenden Arbeiterbewegung dieses Landes den Varaus machen soll. Zunächst wird allen Staats-, Gemeinde- und Angestellten öffentlicher Anstalten der Beitritt zu jedweder gewerkschaftlichen Organisation schärflich untersagt, jeder Streik streng unter Androhung sofortiger Entlassung und Verlust aller Ansprüche auf Pension usw. verboten. Das Streikrecht aller anderen Arbeiterkategorien wird dadurch beschränkt, daß, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird, wer durch Gewalttätigkeit oder Drohung Arbeitsniederlegung veranlaßt oder verlängert, um dadurch den Arbeitern eine Herabsetzung oder den Unternehmern eine Erhöhung der Löhne aufzuzwingen. Alle

Personen, die solcher Vergehen schuldig sind, aber nicht selbst zu dem in Mitleidenschaft gezogenen Betriebe gehören, können nur mit der Höchststrafe belegt werden. Die schon ungeheuerliche Theorie dieses geplanten Ausnahmengesetzes wird zweifelsohne in der Praxis in Wunder zugunsten des Unternehmertums sich umsetzen, denn der Entwurf enthält ferner die drakonische Bestimmung, daß der Bezirksrichter ermächtigt sein soll, in dringenden Fällen völlig selbständig und ohne jede Möglichkeit der Zulassung mildernder Umstände die Übertreter des Gesetzes abzuurteilen. Ob der Plan der Regierung und ihrer Auftraggeber, der rumänischen Scharfmacher, gelingt, wird wesentlich von dem Verhalten der „liberalen“ Partei abhängen, erscheint aber gerade deshalb leider sehr wahrscheinlich.

**Rußland.** Munizipalsozialismus in der Stadt Tschernigoff. Diese Stadt in Südrussland arbeitet seit einer Reihe von Jahren daran, die für die Bevölkerung wichtigen öffentlichen Dienste in Stadtbefehl zu übernehmen und im allgemeinen Interesse zu leiten. Eine fortschrittliche Gemeindevertretung hat sich seit dem Jahre 1875 bis zum heutigen Tage dieser Idee ohne Unterlaß gewidmet und schöne Erfolge erzielt. In jenem Eintrittsjahre begründete sie eine Stadtkant mit 10 000 Rubel Kapital; heute beträgt es bereits 24 Millionen Rubel und wirft der Stadt sehr bedeutende Einnahmen ab. Von 1880—1886 wurde das städtische Wasserwerk organisiert, das zu ausgezeichneten sanitären Erfolgen führte. Tschernigoff blieb von mehreren Choleraepidemien, die in der Nachbarstadt Kiew wütheten, verschont. Gleichen sanitären Endzwecken diente die Errichtung von städtischen Bädern, die ganz modern ausgestattet wurden. Im Jahre 1901 wurde auch das Elektrizitätswerk der Stadt durch die Gemeinde übernommen und entwickelte sich in befriedigender Weise. Ein Jahr vorher, 1900, begründete man die städtischen Ziegelwerke; dieselben liefern den Bauunternehmern billige Ziegel und begünstigen so die fortschreitende Entwicklung vom Holz zum Ziegelbau, die wegen der zahlreichen Brände durchaus notwendig ist.

**Schweden.** Ein Kommunalarbeiterverband ist auf einem Kongress, der am 23. Januar d. J. in Stockholm stattfand, gegründet worden, nachdem der letzte schwedische Gewerkschaftskongress sich dafür ausgesprochen hatte, daß die Kommunalarbeiter des ganzen Landes einen besonderen Verband bilden sollten. Der Kongress beschloß auch, daß der Verband sofort der Landesorganisation der Gewerkschaften beitrete. Unter den Zwecken des Verbandes wird in dem vom Kongress beschlossenen Statut neben Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Gewährung von Unterstützung bei Lohnkämpfen und bei Arbeitslosigkeit usw. auch die Erringung eines gesetzlichen Maximalarbeitsstages aufgeführt. Der Verband wird seine Tätigkeit mit dem 1. März d. J. beginnen. Der Sitz des Hauptverbandes ist in Stockholm. Als Verbandsvorsitzender wurde J. V. Nordgren gewählt. In dem Verbandstatut ist auch die Verbindung mit ausländischen Bruderorganisationen vorgesehen. Der Verband wird sich jedenfalls unserm Internationalen Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe anschließen. Der internationale Sekretär hatte dem Kongress ein Begrüßungstelegramm gesandt.

## Rundschau

**Militärdiktatur oder Verfassung?** Ueber diese Frage wüthte der allzeit offenerberzige Junker v. Oldenburg-Jaunischau im Reichstag sehr interessante Ausführungen zu machen, für die wir ihm aufrichtig dankbar sind. Denn wenn es noch eine Anzahl Arbeiter gibt, die ihre Hoffnung auf Umgestaltung des kapitalistischen Staates einzig und allein auf das Anwachsen der sozialdemokratischen Reichstagswähler setzen, so werden sie jetzt eines besseren belehrt sein. Der unentwegte preussische Junker machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und verbönte den Reichstag in seiner Rede am 29. Januar offen: „Ja, meine Herren, das ist auch eine alte preussische Tradition, und daß Ihnen diese Tradition nicht paßt, das glaube ich sehr gern. Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: „Nehmen Sie zehn Mann und schicken Sie den Reichstag!“ — Zwar erfolgte von seiten der Linken, auch der bürgerlichen, ein lebhafter Protest, aber der stehende Vertreter des Präsidenten, Erbkönig zu Hohenzollern, hatte gegen diese reaktionäre verfassungswidrige Rede wenig einzuwenden. In der Tat, ein angestrichelter, lammfrommer Reichstag hat im gewissen Sinne diese Demütigung durch ein Mitglied des eigenen Hauses verdient! Das arbeitende Volk aber sieht blühend die ganze Situation beleuchtet. Und da liegt, wie wiederholen es, das Verdienst des reaktionären Junkers!

**Kaufmännische Grundsätze in den öffentlichen Verwaltungen?** In der gesamten Öffentlichkeit wird zurzeit die Forderung der Erfüllung unserer öffentlichen Betriebe mit kaufmännischem Geist erhoben. Im Hinblick darauf veröffentlicht der Karlsbader folgende Gesichtspunkte, unter denen diese Forderung zu betrachten sei: 1. Es ist nicht angängig, daß in den öffent-



st zu  
ur mit  
Theorie  
Praxis  
den  
daß der  
völlig  
berder  
Plan  
Scharf-  
eralen"  
wahr-  
  
Stadt  
t einer  
öffent-  
meinung  
ng hat  
e ohne  
tritts-  
apital;  
Stadt  
das  
altären  
holera-  
schont.  
tischen  
e 1901  
meinde  
Ein  
werke;  
nd be-  
Regel-  
st.  
  
ist auf  
ittand,  
ongreß  
ganzen  
ongreß  
on der  
wird in  
Lohn-  
Lohn-  
eines  
d seine  
pivator  
F. 2.  
e Ver-  
Der  
dat der  
elektär  
  
diese  
ura-  
rungen  
wenn  
llinge  
auf das  
nen, so  
tweque  
garube  
er aller  
dition.  
h sehr  
e sche  
e, zu  
Sie  
ich-  
auch  
stelt  
balle  
Rede-  
lamm-  
gung  
eisen-  
dann  
nter!  
den  
zurück  
ich e  
entlich  
e Re-  
öffent-

lichen Betrieben wichtige Arbeiten, für die der Kaufmann nur seine erfahrensten und tüchtigsten kaufmännischen Kräfte verwendet, wie der Ein- und Verkauf, die Kassation und die Kontrolle, einseitig und nicht wirtschaftlich vorgebildeten Personen überlassen werden. 2. Es ist nicht möglich, daß man in unseren öffentlichen Betrieben, wie es noch vielfach der Fall ist, die kameralistische Buchführung an Stelle der doppelten Buchführung beibehält, die doch einzig und allein eine richtige kaufmännische Bilanz, ein Gewinn- und Verlustkonto, und öffentlichen Betrieben herrscht heute noch fast überall die Gewohnheit, damit eine sichere Rentabilitätsberechnung ermöglicht. 3. In den öffentlichen Betrieben herrscht heute noch fast überall die Gewohnheit, den Briefen nicht gleich schreibt und kopiert, sondern erst ein einmal kopiert wird. Das ist eine Zeitverschwendung, die noch vermindert wird durch die Art und Weise der Expedition, die noch vermindert wird durch die Art und Weise der Expedition, die noch vermindert wird durch die Art und Weise der Expedition. 4. Unsere öffentlichen Verwaltungen sind noch nicht überall durchdrungen von der Notwendigkeit, daß umschickt jeder Brief umgehend oder doch mindestens selbst unsere amtlichen kaufmännischen Korporationen mitunter drei, vier, ja sechs Monate auf eine Antwort warten läßt, was zu starken Verzögerungen in gewerblichen Kreisen führt. 5. Es ist ferner auch bei den öffentlichen Verwaltungen der kaufmännische Grundriss durchzuführen, daß die leitenden Beamten nicht Arbeiten ausführen sollen, welche ebenfals von untergeordneten Persönlichkeiten ausgeführt werden können. — Das Gesetz der Delonomie muß auch hier gelten und jede Verschwendung an Zeit und Kraft der leitenden Männer vermeiden. Ein Beispiel aber für die Verbilligung des ganzen staatlichen Verwaltungsbetriebes bei Durchführung dieser Grundzüge besitzen wir bereits im Patentamt, wo hierdurch im Jahre 330 000 Mk. erspart werden. — Selbst das „Verl. Tageblatt“ glaubt nicht, daß diese für jeden Praktiker selbstverständlichen Forderungen und Anregungen auf unsere versteinerte Bureaucratie irgendwelchen Eindruck machen werden. Wir aber sagen: Ohne gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht in Preußen und in den Kommunen bleibt alles frommer Wunsch!

Die lehrreiche Schnapsflasche. Wir haben seit Jahren auf die gesundheitschädigenden Folgen übermäßigen Alkoholgenußes hingewiesen. Insbesondere müssen wir vom Standpunkt des Gewerkschaftlers dem Schnaps unsern fortgesetzten Krieg erklären, weil er ein wesentliches Hemmnis bei der Agitation ist. Der Schnapsstrinker wird selten für unsere Organisation zu haben sein, weil er für die zu leistenden Beiträge „schon wieder einen heben“ kann. Nachdem nun auch der Leipziger Parteitag den Schnapsbott ausgedroht hat, um so gleichzeitig den preussischen Junker an einer empfindlichen Stelle zu treffen, ist es Ehrensache jedes aufgeklärten Arbeiters, für die Wirksamkeit des Schnapsbott zu sorgen. In nebenstehendem Bilde führen wir unsern Kollegen an Hand der Berechnungen des Genossen Wurm anschaulich vor Augen, was der Schnapsstrinker für eine Karle erhält, nämlich einen Liter Schnaps zu 33 Proz. Alkoholgehalt, dessen Herstellungskosten 1 Pfennig betragen! In das übrige Geld teilen sich Staat, Brenner und Händler! Der Schnapsbott bedeutet also eine Verweigerung des Tributs an den jetzigen Massenstaat, an Junker und Schnapsverläufer. Möge die Abbildung auch denen die Augen öffnen, die bislang von ihrem „Schnapschen“ nicht lassen konnten. Bei einiger Energie muß es allen Kollegen möglich sein, nicht nur selber den Schnaps zu meiden, sondern auch diejenigen aufzurütteln und zum Nachdenken über die gesundheitschädigenden Folgen des Schnapsgenusses zu bewegen, die bislang für die Organisation noch nicht zu gewinnen waren.

Verkehrs- und ordnungspolizeiliches Interesse. Am 23. Oktober v. J. hatte unser Verband in Halle a. S. eine öffentliche Versammlung veranstaltet, wozu mittels Handzettel eingeladen gedachte. Der Präsidialvorstand veröffentlichte die Bestimmungen der zwei vorhin stichhaltigen Prekassen und ersuchte bei der Polizei um Erlaubnis zum Verteilen der Zettel. Statt diese Gefälligkeit nur ansüßigerweise durch Erteilung der Erlaubnis zu lobnen, verweigerte die Polizei ihre Genehmigung im „verkehrs- und ordnungspolizeilichen Interesse“. Dieses sonderbare Ding konnte aber nur deswegen angewendet werden, weil der Versammlungseinkäufer unterlassen hatte, zu bescheiden, daß die Zettelverteilung bezahlt würde. Er hielt das wohl für selbstverständlich. Das Prekassen macht nämlich nur die unentgeltliche Verteilung von Druckschriften von der Genehmigung abhängig, nicht die entgeltliche, d. h. gegen Lohn erfolgende. Die Polizei hätte es nun im vorliegenden Falle sehr leicht gehabt, den billigen Tatbestand zu ermitteln. Sie hätte nur den Versamm-

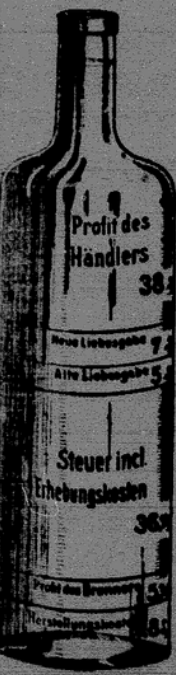
lungseinkäufer vorladen und ihn um die Bezahlung befragen brauchen. Das hat sie nicht getan und damit wiederum zur Zerstörung eines Wahnes bei manchem Optimisten beigetragen. Des Wahnes nämlich, daß die Behörden des Publikums wegen da seien und nicht umgekehrt. Unser Verband hat gegen die Erlaubnisverweigerung Beschwerde bei der Regierung in Merseburg erhoben. Diese ist natürlich prompt zurückgewiesen worden, weil die Polizei im ordnungs- und verkehrspolizeilichen Interesse gehandelt habe. Die Regierung hat damit bekräftigt: Werden Handzettel gegen Bezahlung verbreitet, dann verstößt das nicht gegen die erwähnten „Interessen“, geschieht ihre Verteilung aber gratis, dann verstößt das Ordnung und Verkehr! Logisch ist das zwar nicht, aber hält der abweisende Bescheid der Regierung eine grobe Geschmählaute der Eingang des Regierungsschreibens so: „Ihre in Vollmacht des Heinrich Müller erhobene Beschwerde usw.“ — Des Müllers! Deshalb das? Etwa, weil der Bezeichnete nur ein Arbeiter und „Unterthan“ ist. Bei Bezeichnung der Beamtenstellen auch nur einer Bezirksregierung sollte man eigentlich die gebildeten Leute bevorzugen.

Wie Arbeiter ausgehungert werden! In diesem Kapitel liefert nachstehendes Rundschreiben, das auch an Zeitungen städtischer Elektrizitätswerke gesandt wurde, einen lehrreichen Beitrag. Der bekannte günstige Wind wehte uns das Ding auf den Redaktionsstisch. Jeder Kommentar ist überflüssig, da es in seinem Geschäftston mehr sagt, als viele Worte es vermögen. Lassen wir es folgen:

Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen in Deutschland  
Geschäftsstelle: Scheffelsstr. 1.  
Bankkonto: Frankfurter Gewerbelasse  
Telegramme: Verband Scheffels.  
Fernsprecher: Nr. 5268. Frankfurt a. M., im Oktober 1900.  
An die Installateure und Elektrizitätswerke Deutschlands.

Aus dem Streitgebiet Dresden ist uns die Mitteilung gemacht worden, daß die streitenden Monteurs und Hilfsmonteurs der elektrotechnischen Installationsbranche jetzt dazu übergehen, sich anderweitig Arbeit zu suchen, dabei aber nicht angeben, daß sie aus Dresden bzw. Sachsen sind. Wir bitten deshalb in Ihrem eigenen Interesse darauf zu achten, daß ein Zeugnis über die letzte Tätigkeit vorgelegt wird, aus welchem Sie etzehen werden, ob die Leute aus dem Streitgebiet kommen. Wir bitten Sie dringend, dieselben nicht anzustellen und falls solche schon eingestellt sein sollten, wieder zu entlassen. Hochachtungsvoll Die Geschäftsstelle, Vohnhof.

Prämien anstatt Lohnaufbesserungen für heffische Staatsarbeiter. In der heffischen Zweiten Kammer gab es vorigen Monat eine lebhafte Debatte über die Gewährung von Prämien an Arbeiter in Staatsbetrieben. Die Sozialdemokraten forderten eine feste Lohnkassellung mit steigenden Löhnen. Davon wollte aber die Regierung nichts wissen und die bürgerlichen Redner stimmten ihr bei. Gegenüber der abfälligen Kritik der Arbeitervertreter bemerkte Minister Gnaath, die Regierung werde sich die Freude an den Prämien nicht verderben lassen. Nun sind die vielgerühmten Prämien angehängt. In dem „Amtsberichtsblatt“ für einen oberheffischen Kreis findet sich ein „Erlaß“ des Ministeriums des Innern, gezeichnet Braun, vom 20. Dezember 1900, worin es heißt: „Den eine längere Reihe von Jahren ununterbrochen in Staatsbetrieben beschäftigten ständigen Saisonarbeitern und Arbeiterinnen sowie den nicht-angestellten Staatsbediensteten, deren Vergütung nicht mit der Länge der Dienstzeit steigt, können bei befriedigender Führung für die Folge einmalige Lohnzulagen gewährt werden, und zwar nach zurückgelegter, ununterbrochener Beschäftigungszeit in einem Staatsbetrieb von 20 Jahren in Höhe von 20 Mk., 25 Jahren 30 Mk., 30 Jahren 40 Mk., 35 Jahren 60 Mk., 40 Jahren 80 Mk., 45 Jahren 100 Mk. und 50 Jahren 150 Mk. Als ständige Arbeiter gelten solche, die innerhalb eines Jahres mindestens 40 Wochen, als Saisonarbeiter solche, die weniger als 40 Wochen, jedoch mindestens 20 Wochen in einem staatlichen Betrieb beschäftigt waren. . . . Die Dienstaltersprämien sind auf Weihnachten auszugahlen.“ Das Wort „Weihnachten“ ist besonders fett gedruckt, wahrscheinlich, um den Charakter der Prämien als Geschenke hervorzuheben. Großartige Prämien, pro Jahr 1—3 Mk. etzital Da ist es allerdings begreiflich, daß die Regierung große Freude daran befundet hat. Denkende Arbeiter werden sich dagegen weniger darüber freuen und sich nicht irremachen lassen, statt dürstiger Almosen einen entsprechenden ständigen Lohn für ihre saure Arbeit zu fordern und zu erlumpfen. Denn ohne Kampf gibt es, wie gerade dieser Fall von neuem zeigt, nur Bettelstücken, und auch die nur für die Artigen und Braven — „bei befriedigender Führung“, d. h. wenn man sich zwanzig Jahre nicht gemußt hat, gibt's zwanzig Mark.





## ◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

**Kommunale Praxis.** Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Sidelum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Nr. 5 und 6. Vierteljährlich nur 3,- M. Probennummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.

**Die Neue Zeit.** Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 18 vom 28. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.

**Süddeutscher Postillon.** Verlag: M. Ernst in München, Gencfelderstr. 4. Nr. 3. Preis pro Nummer 10 Pf.

**Der Arbeitsmarkt.** Monatschrift der Zentrale für Arbeitsmarktlberichte. (Herausgeber Prof. Dr. J. Jastrow, Berlin. Verlag von Georg Reimer). Nr. 4 des 13. Jahrg.

**Neuland des Wissens.** Halbmonatschrift für Natur- und Geistesleben. Herausgegeben von M. G. Paegle und E. W. Trojan. Verlag: Reichmann & Co., Leipzig. Nr. 8. Preis vierteljährlich (6 Hefte) 1,25 M.

**Vermögen erwerben — Geld verdienen.** Dreihundert und mehr Wege für jedermann, in wenigen Stunden viel Geld zu erwerben, sein Einkommen zu vergrößern und sich leicht durch guten Nebenverdienst ein Vermögen zu schaffen. Unter Mitwirkung verschiedener Frauen und Männer des Erfolges herausgegeben von V. Friedlen-Gould. Preis 3,- M. (Porto 20 Pf.). Verlagsanstalt Emil Abigt, Wiesbaden 35.

Die 300 Wege erscheinen uns doch mehr oder minder recht problematisch, das mag ein Beispiel unter den vielen zeigen. Auf Seite 107 heißt es: „Straßenreinigen — Müllabfuhr. In den meisten Städten ist es die Pflicht der Hausbesitzer, Straße und Bürgersteig vor dem Hause zu reinigen, im Winter den Schnee zu beseitigen, Hehrich und Asche abfahren zu lassen usw. Wer diese Arbeiten verrichtet und sich eine Reihe von Hausbesitzern dafür anbietet, wird bald gute laufende Einnahmen daraus erzielen. Wer die richtige Verwertung der Müllabfälle, Lumpen, Metallschrappe usw., die in den Mülllasten wandern, versteht, erwirbt sich damit nebenher ein Vermögen.“ — Das „Vermögen“ wird wohl wenigen Sterblichen beschieden sein! Der Fehler des Buches erscheint uns vor allem in seiner aphoristischen Kürze zu liegen. Vieles 200 Wege weniger und die anderen gründlicher erörtert, wäre mehr gewesen.

**Erzvätergeschichten** ist der Titel des sechsten im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienenen dritten Heftes der biblischen Geschichten von Max Naurenbrecher.

**Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage** 1863 bis 1900, bearbeitet von Wilhelm Schröder. Komplet in circa 18 Lieferungen à 30 Pf., zu je 32 Seiten. Verlag von G. W. B. u. Co. m. b. H., München. Jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird schon oft ein Nachschlagewerk vermisst haben, wenn er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell verhalten hat. Bisher mußte man, um darauf die Antwort zu finden, unter Zuhilfenahme des Gedächtnisses die immer stärker werdende Zahl der Protokolle zur Hand zu nehmen, wodurch großer Zeitverlust entstand. Wenn das Werk vollendet vorliegt, ist das nicht mehr nötig. Alles was in 48 Jahren auf den Parteitag verhandelt und beschlossen wurde, findet man alphabetisch geordnet vor. So enthält Lieferung 1 z. B. den Achtstundentag, Agrarfrage, Grund- und Bodenfrage, Achtuhr-Ladenstluß, Akademiker, Alfordarbeit, Alfordmaurer, Alkoholfrage und Anarchisten. Für Referenten wird das Werk geradezu unentbehrlich werden, da es ihnen nicht nur Material liefert, sondern auch den Zeitverlust des Zusammentragens erspart. Die Lieferungen erscheinen 14tägig.

**„Mikrocosmos“.** Zeitschrift für die praktische Betätigung aller Naturfreunde. In Verbindung mit hervorragenden Fachgelehrten herausgegeben von Dr. Adolf Reib. Jährlich erscheinen 12 Hefte und 3 bis 4 Buchbeigaben. Abonnementpreis jährlich 4 M.

**Natur und Erziehung.** Monatschrift zur Verbreitung und Pflege der Naturwissenschaften in Schule und Haus. Mit der Beilage „In meinen Ruhestunden“, Anregungen und Mitteilungen für unsere Jugend. Herausgegeben von Dr. Dr. R. Tannemann und Prof. Dr. A. Smalian. Stuttgart, Francksche Verlagsbuchhandlung. Halbjährlicher Bezugspreis 4,- M.

**Gleichheit.** Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 9 des 20. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 35 Pf., unter Streichband 85 Pf., Jahresabonnement 2,00 M.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.** Als Heft 22 erschien soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68: „Haut- und Haarpflege“ von Dr. Chajes. Preis 50 Pf., Volksausgabe 20 Pf.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. H. Mann. Verantwortlicher Redakteur Emil Tittmer, beide Berlin W. 57, Dannebergstr. 2. 2. Aufl.: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

**Der Wahre Jakob.** Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nachschußnummer. 26. Jahrgang. Preis der Nummer 10 Pf., bei Vorbezug pro Quartal 65 Pf.

**In Freien Stunden.** Das uns vorliegende Heft 8 bringt die Fortsetzung des spannenden Romans „Die Abendburg“ von Dr. Bruno Wille sowie der interessanten Erzählung aus den kaiserlichen Freiheitskriegen „Romana“ von Theodor Mügge. „In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 Pf. Neubeginnsetende Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte noch nachbezahlen. Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Kolportage und Zeitungsausdräger entgegen. Probennummern kostenlos vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

## ◆ Versammlungskalender ◆

**München.** Sonnabend, den 12. Februar, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Wille, Wollfstr. 1.  
**Dresden.** Sonntag, den 8. Februar, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftsheim, Wallenstraße 1.  
**Quedlinburg.** Freitag, den 11. Februar, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Kaiser Friedrich“.  
**Stendal.** Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Grothe, Elisabethstr. 3.  
**Wittenberge.** Donnerstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Pätz, Auguststr. 35.

## ◆ Briefkasten ◆

Zur gefl. Beachtung! Fortgesetzt gehen uns des Montags noch Berichte, Notizen, mitunter gar Artikel zu, mit dem Ersuchen, sie möglichst in nächster Nummer unterzubringen. Wir haben bislang nach Möglichkeit diesem Wunsch entsprochen, es ist uns aber auf die Dauer schon aus technischen Gründen nicht möglich, den Redaktionsstich weiter auszudehnen. Deshalb erinnern wir erneut daran, daß unser Redaktionsstich Sonnabends für die „Gewerkschaft“, Freitag für den „Fortschritt“ und Samstag für die „Sanitätswart“ ist. In Zukunft werden wir also Versammlungsberichte, die länger wie 3 Tage beim Schriftführer liegen geblieben sind und damit erst Montag in unsere Hände gelangen, für die nächste Nummer nicht mehr verarbeiten können. Artikel müssen selbstverständlich erst recht am Sonnabend in unsere Hände sein. Ganz wichtige kurze Notizen bis zu 20 Druckzeilen sollen nach Möglichkeit untergebracht werden, wenn sie spätestens Montag früh in unsere Hände sind. Die Schriftführer und Mitarbeiter werden dringend ersucht, das Vorstehende zu berücksichtigen, insbesondere aber die Anfertigung der Berichte usw. nicht so sehr zu verzögern.  
Die Redaktion.

## Totenliste des Verbandes.

<b>H. Wilt. Eberle, Pforzheim</b>	<b>Thomas Angler, Mannheim</b>
gestorben am 17. Januar 1910,	Gas- und Wasserwerk
im Alter von 45 Jahren.	+ 24. Jan. 1910, 74 Jahre alt
<b>Jonis Kühne, Berlin</b>	
Revier-Inspktionen	
gestorben am 26. Januar, im Alter von 51 Jahren.	
Ehre ihrem Andenken!	

## Filiale Eisenach

Sonnabend, den 19. Februar 1910, im Saale des Gasthauses zum goldenen Engel, Natharinenstr. 147

## Stiftungsfest

verbunden mit Vorträgen und Theater.

Anfang pünktlich 8 Uhr. :::: Eintritt 25 Pf.

Zum zahlreichen Besuch ladet freundlich ein

Das Festkomitee.